

Offene Fragen der Geschichte Band 3

Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,
Wiener Kongreß,
Kapitalismus,
Kommunismus,
Darwinismus,
Nationalismus,
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,
Gründung des Deutschen Reiches,
Imperialismus ...

Band 3/006

Chronik von 1815

1815

Preußen: Am 1. April 1815 wird Otto von Bismarck auf dem Familiengut Schönhausen in der Altmark geboren.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Otto von Bismarck in den Jahren 1815-1858 (x802/981-982): >>Bismarck, Otto Eduard Leopold, Fürst, Kanzler des Deutschen Reiches und preußischer Ministerpräsident, geboren am 1. April 1815 auf dem Familiengut Schönhausen in der Altmark aus einer altadligen Familie, welche schon im 13. Jahrhundert in dem Städtchen Bismark angesessen und von da nach dem benachbarten Stendal übergesiedelt war.

Rule (Rudolf) von Bismarck wird 1309 als Altmeister der Gewandschneidergilde von Stendal erwähnt; dessen Sohn Klaus zeichnete sich im Dienste des Erzbischofs ... von Magdeburg und des Markgrafen ... von Brandenburg aus und wurde von letzterem 1345 mit der Herrschaft Burgstall belehnt. ...

Bismarcks Vater Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck (geboren am 13. November 1771, gestorben 1845) nahm als Rittmeister seine Entlassung aus der preußischen Armee, um seine Güter Schönhausen sowie Kniephof, Külz und Jarchelin in Pommern zu bewirtschaften; er vermählte sich 1806 mit Luise Wilhelmine Mencken, der Tochter des Kabinettsrates Mencken, einer schönen, geistig bedeutenden Frau (gestorben 1839), der Ehe entsprossen sechs Kinder, von denen Bismarck das vierte war, und von denen außer diesem nur noch ein älterer Bruder, Bernhard, Landrat in Naugard, und eine jüngere Schwester, Malwine, Gemahlin des Kammerherrn von Arnim-Kröchelndorf, am Leben sind.

Otto von Bismarck besuchte zuerst 1821-27 die Plamannsche Erziehungsanstalt, 1827-30 das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und 1830-32 das Graue Kloster in Berlin und bezog Ostern 1832 die Universität Göttingen, wo er drei Semester zwar das Studentenleben gründlich genoß und dem juristischen Fachstudium wenig Zeit widmete, aber doch mit lebhaftem Geist seine Kenntnisse und seine Anschauungen bereicherte.

Nachdem er in Berlin eifrige Privatstudien ... absolviert hatte, bestand er Ostern 1835 das Auskultatorexamen (Gerichtsreferendarexamen) und arbeitete am Berliner Stadtgericht, bis er 1836 zur Verwaltung übergang und nach Aachen versetzt wurde.

Nachdem er das zweite juristische Examen gemacht, wurde er 1837 als Referendar bei der Potsdamer Regierung beschäftigt und trat Ostern 1838 bei dem Gardejägerbataillon als Einjährig-Freiwilliger ein, ließ sich aber im Herbst zum 2. Jägerbataillon nach Greifswald versetzen, um zugleich in Eldena Landwirtschaft zu studieren. Denn da sich sein Vater nach dem Tode der Mutter (1. Januar 1839) nach Schönhausen zurückzog, sollte er mit seinem Bruder Bernhard gemeinschaftlich die Verwaltung der etwas in Verfall geratenen und verschuldeten pommerschen Güter übernehmen.

Als der Vater am 22. November 1845 starb, erhielt (Otto von Bismarck) ... Kniephof und das durch den Verkauf der größeren Hälfte sehr verkleinerte Gut Schönhausen, wo er fortan seinen Wohnsitz nahm und zum Deichhauptmann und zum Abgeordneten in den sächsischen Provinziallandtag gewählt wurde. In dieser letzteren Eigenschaft wurde er auch 1847 Mitglied des Vereinigten Landtages.

Auch Bismarck erkannte, daß Preußen den wichtigen Schritt, sich eine freiere politische Verfassung zu geben, tun müsse. Indes war bei ihm der altpreußische Patriotismus doch das vorherrschende Gefühl, und dem gab er am 17. Mai bei seinem ersten Auftreten in einer parlamentarischen Versammlung entschiedenen Ausdruck, indem er gegen die liberale Behauptung, daß politische Freiheit das Ziel der Befreiungskriege 1813-1815 gewesen sei, Einspruch erhob und unter dem Murren der Versammelten nur die Befreiung von der Fremdherrschaft als Beweggrund des Volkes gelten lassen wollte.

Auch bei anderen Gelegenheiten trat er den landläufigen liberalen Ansichten und Forderungen mit keckem Übermut entgegen, indem er die unabhängige Stellung des Königtums und die Freiwilligkeit seiner Zugeständnisse wahrte, sich gegen die Zulassung von Juden zu öffentlichen Ämtern erklärte und dabei bekannte, daß er allerdings der von den Liberalen als finster und mittelalterlich bezeichneten Richtung angehöre, dem großen Haufen, der noch an Vorurteilen klebe.

Den hierdurch erworbenen Ruf eines ultrakonservativen Junkers befestigte er noch durch sein Auftreten in der zweiten Session des Vereinigten Landtages im April 1848, wo er, die Niederlage des preußischen Königtums und der bisher herrschenden Stände beklagend, gegen die vom Landtag beschlossene Dankadresse stimmte, und durch manche Äußerungen seines Ingrimms gegen das damalige Treiben in Berlin, wie die, "daß die großen Städte als Herde der Revolutionen vom Erdboden vertilgt werden müßten".

Er wurde daher auch erst nach dem politischen Umschwung Ende 1848 in die Zweite Kammer gewählt, welche 1849 zusammentrat. Auch hier opponierte er sowohl den demokratischen als den nationaldeutschen Tendenzen.

Die 1849 beschlossene Reichsverfassung ließ nach seiner Meinung der Monarchie zu geringe Macht; wenn es sich nicht selbst gefährden wollte, müßte Preußen den Deutschen befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, und dazu sich erst durch Wiederherstellung eines starken Königtums, innerer Eintracht und kräftiger Wehrfähigkeit tüchtig machen, bis dahin aber mit Österreich in Gemeinschaft handeln.

Er bekämpfte daher auch die Radowitzsche Unionspolitik im Erfurter Parlament und verteidigte am 3. Dezember 1850 in der preußischen Zweiten Kammer sogar die Olmützer Übereinkunft. Die Bildung einer starken königstreuen Partei war sein Hauptziel, welches er auch durch Beteiligung an der "Kreuzzeitung" zu fördern bemüht war.

König Friedrich Wilhelm IV., der Bismarck persönlich schätzte und seine politischen Verdienste würdigte, ernannte ihn im Mai 1851 zum Legationsrat bei der Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt am Main und am 18. August zum Bundestagsgesandten.

Hier lernte Bismarck die Kläglichkeit und Unverbesserlichkeit des Deutschen Bundes kennen, die kleinliche Engherzigkeit, die Eifersucht, die Angst und Feigheit der Mittel- und Kleinstaaten und die ränkevolle, hinterlistige Politik ... Österreichs, wie es Fürst Felix Schwarzenberg

wiederhergestellt hatte, und erkannte, daß Preußen bei ihnen nie auf treue, aufrichtige Freundschaft rechnen könne, daß es seine deutschen Bundesgenossen aber auch nicht zu fürchten habe.

In der Tat bewies die Achtung, die der junge, unerfahrene Diplomat sich selbst bei dem hochmütigen österreichischen Präsidialgesandten erzwang, daß Preußen eine ganz andere Stellung in Deutschland einnehmen könne, wenn es wolle, und Bismarck faßte in Frankfurt zuerst den Gedanken eines Zollvereinsparlaments und der Wiederaufnahme von Preußens hegemonischen Bestrebungen. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1815-1840 (x813/370-372): >>(Preußen) ... Die Opfer, welche der seit 1806 durch den unglücklichen Krieg, dann (durch) die französische Aussaugung erschöpfte Staat in dem neuen Krieg an Menschen (140.000) und an Geld brachte, waren ungeheuer. Der Lohn, der ihm auf dem Wiener Kongreß zuteil wurde, entsprach diesen Opfern nicht:

Preußen wurde nicht in dem Umfang von 1806 wiederhergestellt; statt 314.000 qkm zählte es 1815 nur 277.000 qkm. Die Erwerbungen der dritten polnischen Teilung trat es an Rußland, Ansbach und Bayreuth an Bayern, Ostfriesland, Hildesheim und Goslar an Hannover ab. Von Sachsen erhielt es bloß die Hälfte. Wertvoll waren der Gewinn Neuvorpommerns und die Abrundung Westfalens, während die neuerworbene Rheinprovinz aus so heterogenen und Deutschland so lange entfremdeten Gebieten bestand, daß ihre Verschmelzung mit den übrigen Teilen des Staates die größten Schwierigkeiten bereiten mußte.

Der neue Staat war überdies in zwei ungleiche Hälften zerteilt, mit Absicht das England gehörige Hannover dazwischengeschoben und diesem Mittelstaat die Mündungen der Elbe und Weser gegeben worden. Die Eifersucht der verbündeten Mächte hatte bewirkt, daß Preußen die ihm gebührende Stellung in Deutschland nicht erhielt und auf allen Seiten von unbequemen Nachbarn beengt wurde: im Süden von Österreich, im Osten von Rußland, im Westen von Frankreich und dem neugeschaffenen Königreich der Niederlande. Die Lage Preußens forderte zur größten Vorsicht auf, nötigte es aber zugleich zum Zusammengehen mit dem übrigen Deutschland und damit zu einer wirklich deutschen Politik.

Nicht weniger schwierig war nach dem Krieg die Lage Preußens im Inneren. Die alten und neuen Gebietsteile wurden durch Verordnung vom 20. April 1814 in zehn, später in acht Provinzen, jede Provinz in Regierungsbezirke, diese in landrätliche Kreise eingeteilt, von denen nur die größeren Städte ausgenommen waren. An der Spitze eines Bezirkes stand eine kollegialisch organisierte Regierung, diese unter dem Oberpräsidenten der Provinz, die Oberpräsidenten unter dem Ministerium, dessen Oberleitung der Staatskanzler hatte.

Am 31. März 1817 wurde ein Staatsrat aus den königlichen Prinzen, den höchsten Staatsdienern und einigen aus besonderem Vertrauen des Königs berufenen Männern gebildet, welcher über die obersten Grundsätze der Verwaltung und über neue Gesetze zu beraten hatte. Die neue Verwaltung sollte einmal die neuen Provinzen auf preußische Weise einrichten und dann die zerrütteten Finanzen ordnen.

Das erstere griff das preußische Beamtentum mit unermüdlicher Tatkraft und Energie an, stieß dabei aber bei der Bevölkerung, namentlich der rheinischen, vielfach auf hartnäckiges Mißtrauen, zumal sowohl die neuen Steuern als namentlich die allgemeine Wehrpflicht und die Landwehrorganisation, welche durch Gesetz vom 3. September 1814 eingeführt wurden, unbequem und die Bewohner der ehemaligen geistlichen Territorien eine starke, aber auch fürsorgliche Regierung nicht gewohnt waren.

Dennoch wurde die Einordnung der neuen Gebiete in das preußische Staatswesen rasch erreicht. Ebenso wurden die Finanzen bald in Ordnung gebracht. Obwohl die Schuldenlast des Staates 200 Millionen Taler betrug, Preußen nur 40 Millionen aus der französischen Kriegsentschädigung erhielt, davon noch für neue Erwerbungen, wie Schwedisch-Pommern, erhebli-

che Summen bezahlen, Kriegsentschädigungen leisten, die zerstörten Festungen wiederherstellen, Kriegsvorräte und Ausrüstung ergänzen und dabei die Steuerlast des erschöpften Landes schonen mußte: so waren doch bereits 1820 die Finanzen des Staates geregelt.

Der König trat die Krondomänen dem Staat ab ... Das Budget wurde am 30. Mai 1820 auf ein Maximum ... festgesetzt ... und verordnet, daß ohne Bewilligung und Garantie der Reichsstände keine neue Anleihe aufgenommen werden dürfe. In allen Zweigen der Verwaltung, auch im Heerwesen, wurde die genaueste Sparsamkeit zur strengsten Pflicht gemacht.

Das Steuerwesen wurde 1818 einer gründlichen Reform unterzogen. ... Zugleich wurde in Zollsachen ein freihändlerisches System angenommen und dahin gestrebt, durch Vereinbarungen mit den benachbarten deutschen Staaten das Zollgebiet abzurunden und zu erweitern, woraus der für die deutsche Politik Preußens so wichtige Deutsche Zollverein (1. Januar 1834) hervorging.

Eine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit widmete das zum großen Teil freisinnige, vom Geiste der Kantschen Philosophie erfüllte Beamtenum der geistigen Entwicklung des Volkes, dem öffentlichen Unterricht. 1817 wurde ein besonderes Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten errichtet ... Die Universitäten wurden um Bonn vermehrt und neu organisiert, das höhere Schulwesen durch strenge Prüfungsvorschriften, weise Reglements und Einrichtungen auf eine hohe Stufe der Entwicklung gehoben, 40 Gymnasien neu errichtet, dem Volksschulwesen durch Einführung der allgemeinen Schulpflicht eine feste Grundlage gegeben.

In dieser stillen Arbeit einsichtiger Verwaltung errang die preußische Regierung unter Friedrich Wilhelm III. von 1814 bis 1840 große und dauernde Erfolge. Wenn dieselben nicht die verdiente Anerkennung fanden, wenn sich trotzdem die Volksstimmung in den neuen Provinzen ablehnend verhielt, aber auch in Altpreußen sich Unzufriedenheit und Mißmut regten, so lag das an dem Verhalten der Regierung in der Verfassungsfrage, in der auswärtigen Politik und in den kirchlichen Angelegenheiten.

Die Verfassungsfrage, die auswärtige und die kirchliche Politik unter Friedrich Wilhelm III.

Als Friedrich Wilhelm III. das preußische Volk zum zweiten Mal zum Kampf gegen Napoleon aufrufen mußte, erließ er vom Wiener Kongreß aus auf Steins und Hardenbergs Rat am 22. Mai 1815 eine Verordnung, in welcher er der preußischen Nation als Pfand seines Vertrauens eine Repräsentativverfassung versprach.

Eine Kommission trat am 1. September in Berlin zusammen, um eine Verfassungsurkunde auszuarbeiten. Auch setzte die preußische Diplomatie die Aufnahme von Art. 13 in die deutsche Bundesakte durch, welche für alle deutschen Bundesstaaten ständische Verfassungen verhielt.

Aber selbst unter den Anhängern der Verfassung, wie Stein, Humboldt, Gneisenau und anderen, bestand über die Grundzüge derselben keine Übereinstimmung, und sie hatte eine Menge Gegner, teils solche, welche in aufrichtiger Fürsorge für das Wohl des Staates von der Sondersucht und den fremdartigen politischen Anschauungen der Abgeordneten der neuen Provinzen die bedenklichsten Folgen für die Einheit Preußens fürchteten, teils solche, die, ... in Standesinteressen befangen und bequem, jeder Neuerung feind waren.

Dazu kam der Einfluß des Kaisers von Rußland und Metternichs, welche jede freiere Bewegung in Preußen verabscheuten, weil diese einen Aufschwung von Preußens Macht bewirkt und sie selbst zur Berücksichtigung der Wünsche ihrer Völker gezwungen hätte.

Friedrich Wilhelm III. war nur zu geneigt, diesen Einflüssen nachzugeben, da er selbst dem konstitutionellen Wesen höchst abhold war und seine absolutistische Gewalt zwar durch selbstgegebene Gesetze, aber nicht durch eine öffentliche Versammlung beschränkt wissen wollte. Er hatte allerdings sein Wort verpfändet, sich aber nicht zu einem bestimmten Termin verpflichtet, und das ihm lästige Drängen Hardenbergs trieb ihn erst recht in die Arme der

Reaktionäre.

Deren verderbliches Wirken gab sich zuerst im Januar 1816 in der Unterdrückung von Görres' "Rheinischem Merkur" und der Aufhebung des Tugendbundes kund, und sie fanden 1817 in dem Wartburgfest der Jenaer Burschenschaft und gar 1819 in der Ermordung Kotzebues durch Sand die Anlässe, den König völlig von der freisinnigen Politik abzuschrecken und ihn zu den schlimmsten Polizeimaßregeln fortzureißen.

Eine schmäbliche Demagogenverfolgung wurde nun im Verein mit Österreich ins Werk gesetzt, Männer wie Jahn, Arndt und Welcker verhaftet, Gneisenau und Schleiermacher von Spionen umgeben, jede Äußerung einer konstitutionellen Gesinnung als Majestätsverbrechen mit Strafe bedroht und die Karlsbader Beschlüsse am 18. Oktober 1819 verkündet: Boyen, Grolman, Humboldt und Beyme nahmen jetzt ihren Abschied; die Gemeindeordnung, welche vollendet war, wurde zurückgenommen; von einer konstitutionellen Verfassung war keine Rede mehr; statt ihrer wurden durch Gesetz vom 5. Juni 1823 Provinzialstände eingeführt, durch welche die absolute Bürokratie nur zu Gunsten des Standesinteresses der Junker beschränkt wurde.

Die Reaktion hatte einen vollständigen Sieg erfochten und machte die preußische Regierung durch die kleinlichsten und doch empfindlichsten Polizeiquälereien zugleich lächerlich und verhaßt. Die Masse des Volkes, besonders in den östlichen Provinzen, wurde zwar von diesen Vorgängen wenig berührt, da sie ganz mit der mühevollen Heilung der Kriegsschäden und der Wiedererwerbung des verlorenen Wohlstandes beschäftigt war.

Um so mehr aber waren die gebildeten Stände verletzt und erbittert durch eine solche Belohnung des großartigen Aufschwungs im Befreiungskrieg und beschämt, daß das preußische Volk, welches mit seinem Gut und Blut den Thron und Staat wieder aufgerichtet (hatte), von so erbärmlichen Menschen wie Kamptz, Schmalz und anderen verhöhnt und beleidigt und um seine höchsten Ideale betrogen werden durfte, während die Rheinbundstaaten mit konstitutionellen Verfassungen sich brüsten konnten.

Die Anerkennung und Liebe, die sich Preußen durch seine Opfer und Taten bei dem patriotischen und liberalen Teil des deutschen Volkes erworben, gingen infolge des Verhaltens der preußischen Regierung in der Verfassungsfrage und der Demagogenverfolgung fast gänzlich verloren, und selbst im Beamtentum griffen Mißstimmung und Gleichgültigkeit um sich.

In seiner auswärtigen Politik hatte sich Friedrich Wilhelm III. durch die Heilige Allianz (26. September 1815) ganz an Rußland und Österreich gebunden. Preußen beteiligte sich auf den Kongressen von Aachen, Troppau, Laibach und Verona an allen Maßregeln zur Unterdrückung jeder freieren Bewegung in Europa, ohne jedoch eine maßgebende Rolle zu spielen.

Die Erschöpfung der Hilfsmittel des Landes gebot eine friedfertige Politik; die völlige Unselbständigkeit aber, die Preußen zur Schau trug (denn von dem verständigen und erfolgreichen Eingreifen Preußens in die orientalische Krise 1828-29 und der beschwichtigenden Rolle, die es in der belgischen Frage 1831-32 spielte, erfuhr das Publikum nichts), die grenzenlose Nachgiebigkeit gegen Rußlands und Metternichs reaktionäre Tendenzen mußten alle bestimmen, welche Preußens Großmachtstellung hatten erkämpfen helfen.

Dazu kamen endlich die kirchlichen Verhältnisse. Auch hier hatte der König ursprünglich die besten Absichten. Die Einführung der Union bei der dritten Säkularfeier der Reformation 1817, durch welche die lutherische und die reformierte Kirche in Preußen als "evangelische Kirche" vereinigt wurden, sollte die Spaltung beider Konfessionen und damit auch die Kluft zwischen dem reformierten Herrscherhaus und den meist lutherischen Untertanen beseitigen und den konfessionellen Frieden befördern. Die Absicht schloß eigentlich jeden Zwang aus, aber bald ließ sich der König zu solchem hinreißen.

1821 wurden die Namen Protestanten und Protestantismus in öffentlichen Schriften verboten, 1824 den evangelischen Gemeinden eine vom König selbst ausgearbeitete Agende (Gottes-

dienstordnung) aufgedrungen und Widerstand gegen dieselbe mit Gewalt unterdrückt. Ja, es wurde die evangelische Kirche für die Verteidigung des absolutistischen Regierungssystems mißbraucht und den Geistlichen in diesem Sinn ein Eid abverlangt, politisch verdächtige Geistliche und Lehrer aber ohne weiteres abgesetzt.

Weil dies von der Mehrheit der gebildeten evangelischen Bevölkerung entschieden mißbilligt wurde, fand auch das Einschreiten der Regierung gegen die Anmaßung und Widerspenstigkeit des katholischen Klerus keine Anerkennung, als sie wegen der Weigerung, gemischte Ehen, deren Kinder nicht katholisch erzogen würden, einsegnen zu lassen, 1837 den Erzbischof von Köln, Droste zu Vischering, und 1839 den Erzbischof Dunin von Posen auf die Festung bringen ließ; dies energische Einschreiten wurde als ungerechtfertigte Willkür angesehen.

Seit der Julirevolution und der neuen Demagogenverfolgung wuchs der allgemeine Mißmut, und in der Literatur nahm trotz der Zensur die Opposition gegen die bestehenden Zustände schon schärfere Formen an. Zwar wartete man noch geduldig das Ende der Regierung des alten, seiner Privattugenden wegen beliebten Königs ab; als er aber 7. Juni 1840 starb und sein Sohn Friedrich Wilhelm IV. ihm folgte, erwartete man von ihm eine baldige und völlige Änderung des Regierungssystems. ...<<

Österreich, Deutscher Bund: Beim sog. "Wiener Kongreß" (September 1814 bis Juni 1815) beschließt man, das alte europäische Staatensystem zu erhalten bzw. weitgehend wiederherzustellen.

Der "Wiener Kongreß"

Sechs Kaiser und Könige, mehr als 20 deutsche Fürsten sowie ein große Anzahl von Diplomaten führten die Friedensverhandlungen und feierten rauschende Feste ("Der Kongreß tanzt, aber er kommt nicht vorwärts"). Beim Wiener Kongreß, der von Fürst Metternich geleitet wurde, verhandelten die europäischen Großmächte Rußland, Österreich, Großbritannien, Preußen und der Verlierer Frankreich hauptsächlich über die Neuordnung Europas. Während dieser schwierigen Verhandlungen entwickelten sich erbitterte Streitereien um die Kriegsbeute, die nicht selten an den Rand eines neuen Krieges führten.

Der französische Diplomat Talleyrand-Périgord (galt als einer der klügsten und scharfsinnigsten Diplomaten seiner Zeit) nutzte den Streit der Siegermächte geschickt aus. Talleyrand-Périgord (ein ehemaliger Bischof) war ein außergewöhnlich gewandter, kluger und wandlungsfähiger Diplomat, der die zerstrittenen Siegermächte unentwegt äußerst geschickt gegeneinander ausspielte.

Der charmante, galante französische Herzog gewann schnell die Zuneigung aller wichtigen Verhandlungsführer. Talleyrand-Périgord konnte die Siegermächte schließlich davon überzeugen, daß Napoleon der Hauptschuldige gewesen sei. Die französische Bevölkerung hätte sich zwangsläufig Napoleons diktatorischer Gewaltherrschaft beugen müssen.

Bei der Gebietsneuordnung schnitten Rußland und Großbritannien am erfolgreichsten ab. Rußland erhielt den größten Teil Polens (Kongreßpolen) und behielt das im Jahre 1808 eroberte Finnland sowie Bessarabien (1812) und rückte bedrohlich weit nach Westen vor.

Die britische Weltmachtstellung wurde durch Napoleons Niederlage nachhaltig gefestigt. Großbritannien (Personalunion mit dem neuen Königreich Hannover) behielt z.B. Helgoland (seit 1807 besetzt), Malta (seit 1800 besetzt), die holländische Kolonie Ceylon (seit 1796 besetzt) und das südafrikanische Kapland ("Kap der Guten Hoffnung"). Für Großbritannien begann anschließend eine neue Epoche der außereuropäischen Expansion. Die Hauptinteressen der Briten bestanden damals vor allem darin, das britische Kolonialreich (British Empire bzw. Commonwealth) zu erweitern und gleichzeitig zu festigen.

Um die britische Vorherrschaft langfristig zu sichern, strebte Großbritannien ab 1815 vor allem ein europäisches Gleichgewicht der Kräfte an ("Balance of Power"). England konnte sich danach ungestört entfalten und seine weltweite Vorherrschaft ausbauen.

Österreich konnte seine Gebiete im Südosten von Galizien, Oberitalien und Dalmatien (Küstenland an der Adria) abrunden, mußte jedoch als Ausgleich einige Gebiete am Oberrhein an Preußen und den Breisgau sowie benachbarte Gebiete an Baden und Württemberg abgeben. Die Habsburger verzichteten außerdem auf Belgien und zogen sich damit fast völlig aus Deutschland zurück.

Preußen kämpfte vergeblich um ein geschlossenes Territorium, denn die Habsburger sorgten zielstrebig dafür, daß die preußischen Gebiete durch das Königreich Hannover und Hessen in 2 große Landesteile aufgeteilt blieben. Preußen bekam zwar den nördlichen Teil Sachsens, die Rheinprovinz mit dem Saarland ("Wacht am Rhein"), weitere Teile Westfalens, Vorpommern mit Rügen (von Schweden), mußte im Gegenzug aber Ansbach und Bayreuth sowie Ostfriesland, Lingen, Goslar und Hildesheim an die Königreiche Bayern und Hannover abgeben. Preußen mußte ferner den Großteil der polnischen Gebiete an Rußland abtreten und behielt nur noch Westpreußen und Posen (Machterweiterung Rußlands in Ost- und Südosteuropa).

Preußen gründete 1815 die preußische Provinz Pommern (Landesfarben = blauweiß) mit den Regierungsbezirken Köslin, Stettin und Stralsund. Ost- und Westpreußen wurden selbständige preußische Provinzen (Landesfarben = schwarzweiß bzw. schwarzweißschwarz).

Die preußische Provinz Schlesien (Landesfarben für Nieder- und Oberschlesien = weißgelb bzw. gold (gelb) blau wurden in die Regierungsbezirke Liegnitz, Breslau und Oppeln aufgeteilt.

Bayern erhielt u.a. die Reichsstädte Augsburg und Nürnberg.

Bayern, Württemberg und Sachsen (seit 1806 Königreiche) und Hannover (seit 1814 Königreich) blieben Königreiche.

Die Schweiz blieb erhalten und wurde ein neutraler Staat (Staatenbund aus 22 Kantonen).

Durch die Angliederung Belgiens und Luxemburgs entstand auf Betreiben Englands das Königreich der Vereinten Niederlande (einschließlich Mitgliedschaft im Deutschen Bund). Belgien (ehemals habsburgische Niederlande, überwiegend Katholiken) trennte sich jedoch später von Holland (überwiegend Protestanten) und erhielt im Jahre 1831 seine Selbständigkeit.

Dänemark mußte Norwegen an Schweden abtreten und bekam als Ersatz das Herzogtum Lauenburg. Der König von Dänemark (Herzog von Schleswig und Holstein) wurde damit ein Mitglied des Deutschen Bundes.

Polen, daß sich viel vom Wiener Kongreß erhofft hatte, wurde zwar wieder ein Königreich ("Kongreßpolen"), mußte aber gleichzeitig die russische Oberhoheit anerkennen. Nach dem Wiener Kongreß blieb Polen weiterhin geteilt. Krakau wurde eine Freie Stadt (der Freistaat Krakau fiel 1846 an Österreich). Rußland gewährte den Polen zunächst eine großzügige, liberale Verfassung (eigenes Heer, freie Selbstverwaltung, polnische Sprache etc.).

Italien bestand nach wie vor aus 8 unabhängigen Staaten.

Der Kirchenstaat wurde wieder hergestellt und der Papst kehrte nach Rom zurück.

Frankreich erlitt keine Gebietsverluste, wurde etwa auf den Gebietsstand von 1792 zurückgedrängt und blieb weiterhin eine europäische Großmacht.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den "Wiener Kongreß" (x816/-616-617): >>Wiener Kongreß. Der Schlußartikel des ersten Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 enthielt die Bestimmung, daß alle Mächte, welche an dem Kriege gegen Napoleon I. beteiligt gewesen, zur Ordnung der Verhältnisse Europas Abgesandte nach Wien schicken sollten.

Der Anfang des Kongresses wurde wegen der Reisen der Monarchen erst nach England, dann in ihre Heimat bis zum September 1814 verschoben.

Anwesend waren die Monarchen von Rußland, Preußen, Bayern und Württemberg; die Hauptabgeordneten der Staaten waren für Österreich Fürst Metternich, für Rußland Graf Nesselrode, für England Lord Castlereagh, später Wellington, für Preußen Fürst Hardenberg, für

Frankreich Fürst Talleyrand. Auch die übrigen deutschen Höfe, die vormalig souveränen Städte, die Schweiz, viele mediatisierte Häuser hatten ihre Abgesandten geschickt, so daß sich die Zahl der diplomatischen Personen auf 450 belief.

Glänzende Feste, dramatische und militärische Schauspiele und dergleichen trugen dazu bei, die große Zahl von Personen der höchsten Gesellschaft zu unterhalten, und drohten mehr und mehr, die eigentliche Aufgabe der Versammlung in den Hintergrund zu drängen.

Zwei Hauptaufgaben ... (stellten sich) dem Wiener Kongreß:

1) der Wiederaufbau eines europäischen Staatensystems mit Herstellung des politischen Gleichgewichtes und

2) die Neuordnung der inneren Verhältnisse Deutschlands.

Am 22. September eröffneten daher die Bevollmächtigten der vier verbündeten Großmächte, Österreich, Rußland, Preußen und England, den Kongreß mit dem Beschluß, daß für die Kongreßarbeiten zwei Ausschüsse, der eine für die Konstituierung des Deutschen Bundes, der andere für die europäischen Angelegenheiten, errichtet werden sollten und kraft des Pariser Friedens, welcher Frankreich ausschloß, letzterer nur aus den Bevollmächtigten der vier Verbündeten bestehen sollte; Talleyrand setzte jedoch die Berufung des sogenannten Generalausschusses der Acht durch, in welchen außer den vier Mächten auch Spanien, Portugal, Schweden und Frankreich eintraten.

Jedes Ausschußmitglied sollte gleiches Recht und eine Stimme haben; an die Stelle der Rangordnung sollte das französische Alphabet treten und demnach Österreich (Autriche) in der Person Metternichs den Vorsitz führen.

Am 8. Oktober erließ der so organisierte Ausschuß die Erklärung, daß er alle Fragen insoweit ordnen werde, bis dieselben zur Verhandlung mit den einzelnen Beteiligten reif wären. Die neue Länderverteilung und Grenzbestimmung in Europa war zum größten Teil bereits durch den Pariser Frieden geregelt. Schwierigkeiten bereitete besonders die polnische Frage, mit welcher, da Preußen sein früheres Gebiet in Polen nur gegen die Erwerbung ganz Sachsens aufgeben wollte, auch die sächsische und damit die deutsche Frage verbunden war.

Der Kaiser Alexander I. forderte das Herzogtum Warschau, um daraus ein Königreich Polen unter russischem Protektorat zu gründen, wogegen England und Österreich sich erklärten. Die Hartnäckigkeit, womit die Parteien sich in der polnischen und sächsischen Frage entgegentraten, schien im Dezember 1814 Europa mit einem neuen Krieg zu bedrohen. Talleyrand hetzte nach Kräften, um die Allianz der Mächte zu sprengen, und brachte am 3. Januar 1815 ein geheimes Bündnis zwischen England, Österreich und Frankreich zustande, um die polnisch-sächsischen Pläne Preußens und Rußlands zu bekämpfen.

Schon entwarf man die militärischen Operationen. Metternich arbeitete aber unermüdet an einer friedlichen Lösung der Verwicklung, und Preußen ließ sich endlich zu der Zustimmung bereit finden, daß Sachsen geteilt werden und Preußen den nördlichen, dünner bevölkerten Teil (850.000 Einwohner) mit den Elbfestungen Torgau und Wittenberg erhalten, der Rest aber als Königreich unter den Wettinern fortbestehen sollte. Der Vertrag kam wegen der hartnäckigen Weigerung Friedrich Augusts erst am 18. Mai 1815 zustande.

Das Herzogtum Warschau wurde geteilt, indem Kaiser Alexander den westlichen Teil (Großpolen) mit Thorn an Preußen abtrat und für den Rest den Titel eines Königs von Polen annahm. Am 3. Mai 1815 erfolgte die Unterzeichnung von drei Verträgen zwischen Rußland, Österreich und Preußen, welche die getroffene Teilung Polens sicherten und die Verhältnisse des Freistaates Krakau bestimmten.

Fortan nahmen Angelegenheiten des Kongresses einen rascheren und einmütigeren Gang, zumal da durch Napoleons Rückkehr nach Frankreich Talleyrands verderblicher Einfluß bald beseitigt wurde. Der Ausschuß ernannte am 8. Februar 1815 eine Kommission, welche die Vorbereitungen zur weiteren Länderteilung treffen sollte.

Preußen erhielt außer Großpolen und dem sächsischen Landesteil als Entschädigung für die Abtretung Ostfrieslands, Hildesheims etc. an Hannover, Ansbachs und Bayreuths an Bayern, Lauenburgs an Dänemark: Kleve, Berg, den größeren Teil des linken Rheinufers bis an die Saar und Schwedisch-Pommern, so daß es im Vergleich mit dem Bestand von 1805: 33.000 qkm verlor ...

England bewirkte, um auf dem Festland einen Stützpunkt zu haben, die Vereinigung Hollands und Belgiens zu einem Königreich der Niederlande unter dem Zepter des Hauses Oranien, wofür es zugleich einen Teil der holländischen Kolonien in Beschlag nahm. Als Ersatz für die nassauischen Länder erhielt der neue König das Großherzogtum Luxemburg, wodurch er die Mitgliedschaft des Deutschen Bundes erlangte. England erhielt außerdem Malta und die Schutzherrschaft über die Ionischen Inseln.

Dänemark, das 1813 an England Helgoland, an Schweden aber gegen die Zusicherung von Schwedisch-Pommern Norwegen abgetreten hatte, mußte Schwedisch-Pommern und Rügen für Lauenburg und 2 Millionen Taler an Preußen überlassen.

Schweden erhielt als Entschädigung für Finnland und Schwedisch-Pommern die Anerkennung des Besitzes von Norwegen.

In der Schweiz wurde die Mediationsakte von 1803 aufgehoben und ein Bund von 22 Kantonen gebildet, dessen Neutralität garantiert wurde.

In Italien nahm der Erzherzog Ferdinand das Großherzogtum Toskana wieder in Besitz und erhielt dazu Piombino und Elba, trat jedoch Lucca dem spanischen Infanten Karl Ludwig ab, bis Parma erledigt wäre. Die Verbündeten hatten nämlich in dem Vertrag vom 11. April 1814, welcher den Besitzstand des Hauses Bonaparte regelte, der Gemahlin Napoleons, der Erzherzogin Maria Luise, das Herzogtum Parma auf Lebenszeit zugesprochen.

Modena bekam Herzog Franz von Este zurück, Genua wurde mit dem hergestellten Königreich Sardinien vereinigt. ... Neapel wurde den Bourbonen zurückgegeben. Der Kirchenstaat wurde im früheren Umfang hergestellt; nur behielt Österreich den Teil Ferraras am linken Po-Ufer und das Besatzungsrecht der Plätze Ferrara und Comacchio aus militärischen Rücksichten.

Österreich selbst erhielt in Italien die Lombardei und Venetien nebst Friaul, Istrien und Dalmatien. Ferner wurden ihm Tirol und Vorarlberg, Salzburg, endlich Galizien zurückgegeben.

Wiewohl Napoleon I. im Vertrag vom 11. April 1814 den ungestörten Besitz der Insel Elba von den Mächten zugesichert erhalten (hatte), betrieben doch die italienischen Fürsten, Österreich, Frankreich und England die Verbannung des Kaisers in eine ferne Zone.

Da traf plötzlich am Abend des 5. März 1815 die Kunde ein, Napoleon habe Elba verlassen, und schon am 8. brachte ein Kurier aus Sardinien die Nachricht, er sei an der Küste der Provence gelandet. Trotz der Bestürzung faßte man den Beschluß, die Verhandlungen fortzuführen.

Am 13. März erklärte auf Metternichs Antrag der Ausschuß der Acht, daß der Vertrag vom 11. April 1814 gelöst sei und Napoleon durch abermalige Störung des Friedens Europas den Schutz der Gesetze und der bürgerlichen Ordnung verwirkt habe, und am 25. März schlossen Österreich, England, Rußland und Preußen einen Allianztraktat, dem auf Einladung auch die Bourbonen und alle übrigen Fürsten und Staaten beitraten. Während eine besondere Kommission die Vorbereitungen zum Kampf traf, beeilte sich die Diplomatie, die Verhandlungen zu Ende zu bringen.

Im Drang der Umstände kamen selbst noch die deutschen Angelegenheiten zu einem kaum gehofften Abschluß. Die Entschädigungen, Ausgleichungen und Territorialverhältnisse der einzelnen Staaten Deutschlands: Hannovers, das den Rang eines Königreiches erhielt, Bayerns, Württembergs, Badens etc., wurden in dem Ausschuß der Acht verhandelt, gelangten aber nicht zur völligen Abfertigung.

Man errichtete darum aus den Bevollmächtigten Österreichs, Preußens, Rußlands und Englands zu Frankfurt eine Territorialkommission, welche durch den Rezeß (Vergleich) vom 20. Juli 1815 die deutschen Gebietsverhältnisse vollends ordnete. Wichtig war namentlich die Anerkennung und Abrundung der großen Mittelstaaten im südlichen und mittleren Deutschland. Die Entscheidung über die Stellung der Mediatisierten (1803/1806) behielt der Kongreß meist den beteiligten Souveränen und dem Deutschen Bund vor. An diese letzten Verhandlungen des Kongresses schlossen sich die Arbeiten über den Flußverkehr und die deutsche Militärverfassung.

Einen Gegenstand von allgemein menschlichem Interesse betraf die Erklärung der acht Mächte vom 8. Februar 1815 gegen die Sklaverei und den Sklavenhandel. Eine vom Ausschuß der Acht ausgearbeitete und von den Bevollmächtigten desselben Ausschusses unterschriebene sogenannte Schlußakte oder Generalakte vom 9. Juni 1815 faßte die Resultate des Kongresses zusammen.

Die Artikel 15-64 betrafen lediglich Deutschland und bezogen sich hauptsächlich auf die neue territoriale Gestaltung desselben. Außerdem enthielt die Akte auch die Gewährleistung der deutschen Bundesakte mit ihren Verheißungen, die Gewährleistung der Verfassung und Verwaltung des Königreiches Polen, die Gewährleistung des Gebietes, der Freiheit und der Neutralität des Staates Krakau.

Außer Spanien protestierte auch der Papst gegen die Schlußakte. An den Kongreß reihten sich der Sieg der Verbündeten bei Waterloo und der zweite Pariser Friede vom 20. November 1815, der die Schlußakte schon insofern veränderte, als Frankreich zur Sicherheit Europas einige Gebiete (Savoyen, Landau, das Saargebiet) abtreten mußte.

Was nun den politischen Wert dessen anlangt, was der Wiener Kongreß zustande brachte, so ist das Resultat in anbetracht der ungeheuren Schwierigkeiten, der zahllosen sich widersprechenden und bekämpfenden Ansprüche und der kurzen Zeit ein bedeutendes. Nur fehlte demselben, der Charaktereigentümlichkeit der leitenden Persönlichkeiten, Alexanders I. und Metternichs, entsprechend, ein festes Prinzip und daher die Bürgschaft längerer Dauer.

Vor allem haben die Teilnehmer des Kongresses ihr Werk mehr im Interesse der großen Dynastien als in dem der Völker vollzogen und die Hauptaufgaben, die sie sich gestellt (hatten), nicht genügend gelöst, weder die Gründung eines politischen Gleichgewichtes unter den Mächten (denn England wurde durch den Kongreß übermächtig zur See wie Rußland zu Land), noch die Neuordnung der Verhältnisse in Italien, besonders aber in Deutschland, mit der niemand zufrieden war, und durch die namentlich das deutsche und preußische Volk um den Preis seiner Aufopferung betrogen wurde.

Die Bestimmungen und Verheißungen dieser Verträge wurden in der Folge von den verschiedenen Mächten so oft unerfüllt gelassen und einseitig aufgehoben, als es ihre Sonderinteressen verlangten und die Verhältnisse gestatteten. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 18.09.2010) über den Wiener Kongreß von 1815 (x887/...): >>**Ziel der Befreiungskriege verpaßt**

Wieso das Elsaß und Lothringen 1815 bei Frankreich blieben - Patrioten nur im "zweiten Glied"

Trotz seiner katastrophalen Niederlage in den napoleonischen Kriegen gelang es Frankreich auf dem Wiener Kongresse von 1815, das Elsaß und ganz Lothringen zu behalten. Doch schon damals engagierten sich Politiker in der zweiten Reihe für die Rückkehr dieser Gebiete zu Deutschland, die dann erst 1871 gelang.

Mit der Niederlage Napoleons in den Freiheitskriegen 1813/14 war die Gelegenheit entstanden, die deutschen linksrheinischen Gebiete, die Frankreich in den vergangenen zwei Jahrhunderten hauptsächlich unter König Ludwig XIV. durch Raubkriege und sogenannten "Reunionen" erobert hatte, zurückzugewinnen. Doch es kam nicht dazu.

Denn einerseits wollten die den Kongreß dominierenden Gleichgewichtspolitiker nicht so weit schwächen, daß es für die aus Preußen, England, Österreich, Rußland und eben Frankreich bestehende "Pentarchie" zu schwach geworden wäre. Andererseits wollten die Alliierten die von ihnen restaurierte Königsherrschaft der Bourbonen nicht durch einen allzu harten Frieden im eigenen Lande destabilisieren. Das ändert nichts daran, daß es bei den Alliierten im zweiten Glied durchaus Bestrebungen gab, die in den vorangegangenen Jahrhunderten von Frankreich gegen den Willen der örtlichen Bevölkerungen eroberten deutschsprachigen Gebiete zurückzugewinnen.

So versuchte der damalige bayerische Kronprinz Ludwig, der spätere König Ludwig I., nach dem Einzug der Monarchen der Siegermächte in Paris am 31. März 1814 den österreichischen Kaiser Franz I. dazu zu bewegen, sich für die Rückgabe der linksrheinischen Gebiete Elsaß und Lothringen einzusetzen. Mit einem flehentlichen Appell schrieb Kronprinz Ludwig an Kaiser Franz: " ... glüht der Wunsch in mir, Euer kaiserliche Majestät ... mögen bewirken, daß Frankreich über keine Teutschen mehr herrsche, das alte deutsche Elsaß, welches durch ... deren Vorfahren verlorengegangen, unter Euer kaiserlich-königlichen Majestät wieder erworben werde, Deutschland seine natürliche Grenze wieder erlange ... "

Der Kronprinz verwies darauf, daß eines der Kriegsziele der Befreiungskriege verfehlt wäre, würde man die annektierten Gebiete bei Frankreich belassen. Aber Österreichs Staatskanzler Clemens von Metternich konnte für diese Pläne nicht gewonnen werden. Der Kaiser antwortete nur mit unverbindlichen Worten.

Kronprinz Ludwig scheiterte mit seiner Forderung nicht nur an Kanzler Metternich, sondern letztlich auch an der Gleichgültigkeit der anderen deutschen Landesfürsten, denen nur die Fortdauer der Souveränität ihrer 38 Mittel- und Kleinstaaten wirklich wichtig war und die sich vor allem kaum hätten einigen können, wem diese Gebiete nach der Rückgabe hätten zufallen sollen.

Der Gedanke von Erzherzog Karl, des Siegers gegen Napoleon in der Schlacht von Aspern im Mai 1809, Bruder des letzten Kaisers Franz II. und Enkel Maria Theresias und ihres Gemahls Franz Stephan, dem letzten Herzog von Lothringen, wieder ein selbständiges Herzogtum Lothringen mit einem angegliederten Elsaß zu errichten, war naheliegend. Doch dem wollte Preußen nicht zustimmen, weil es so wenig wie Österreich eine Machterweiterung des jeweils anderen hinnehmen wollten.

Die beiden Großstaaten waren aber auch nicht bereit, das Land einem dritten Staat, wie dem mit seiner Pfalz unmittelbar angrenzenden Bayern zu überlassen. Allerdings finden wir auch in dieser Frage wieder im zweiten Glied eine andere Meinung. So entstand dem bayerischen Kronprinzen in dem preußischen Generalfeldmarschall und Heeresreformer August Neidhardt von Gneisenau ein Bundesgenosse, der sich in Wort und Schrift für die Vereinigung des Elsasses mit Bayern einsetzte. Aber Friedrich Wilhelm verbot seinem General unwirsch die Einmischung in die Politik und wies ihn zur Ruhe.

Erzherzog Johann notierte in seinem Tagebuch am 14. Juni 1814 resigniert: "Ich sehe Frankreich im Besitze seiner alten Provinzen, einer Vergrößerung von beinahe einer Million Menschen, keine Kontributionen, kurz nichts; ich sehe in dieser Sache bloß England, Frankreich und die Schweiz begünstigt." Alle Anstrengungen blieben vergebens. Deutschland hatte seine natürliche Westgrenze, die seit dem frühen Mittelalter stabile Sprachengrenze auf dem Kamm der Vogesen, die auch dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprach, nicht wiedererlangt.

Eine Veränderung wäre nach der Niederlage Bonapartes wohl möglich gewesen, doch interessierten sich von den beiden deutschen Sprechern auf dem Wiener Kongreß Metternich überhaupt nicht und Wilhelm von Hardenberg, der Vertreter Preußens, nur halbherzig und kraftlos. Für beide waren letztlich nur die Interessen ihrer eigenen Staaten ausschlaggebend. Österreich

vereinnahmte Salzburg, Preußen Westfalen und einen großen Teil Sachsens.

Mit ihrem Versäumnis haben die deutschen Großmächte eine historische Gelegenheit ungenutzt gelassen. Die erst nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 noch einmal für 48 Jahre gelungene Rückgliederung Elsaß-Lothringens kam zu spät und blieb letztlich erfolglos.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Clemens Fürst von Metternich (x811/550-551): >>Metternich, Klemens Lothar Wenzel, Fürst von, österreichischer Staatsmann, geboren am 15. Mai 1773 zu Koblenz, machte seine Studien 1788 bis 1790 zu Straßburg und, nachdem er im Oktober 1790 bei der Krönung Leopolds II. als Zeremonienmeister des katholischen Teiles des westfälischen Grafenkollegiums fungierte, noch bis 1794 zu Mainz.

1795 vermählte er sich mit der Gräfin Eleonore Kaunitz, einer Enkelin des großen Staatskanzlers, wodurch er ansehnlichen Güterbesitz erwarb. Seine diplomatische Laufbahn eröffnete er 1797 beim Rastatter Friedenskongreß als Gesandter des westfälischen Grafenkollegiums.

1801 wurde er kaiserlicher Gesandter am kursächsischen Hof in Dresden und im Winter 1803 zu Berlin, wo er am 3. November 1805 während des dritten Koalitionskrieges gegen Frankreich den Allianzvertrag zwischen Österreich, Preußen und Rußland unterschrieb. Seit 1806 Gesandter in Paris, erwirkte er am 10. Oktober 1807 in dem Vertrag von Fontainebleau eine für Österreich günstige Ausführung des Preßburger Friedens. Bei Ausbruch des Krieges von 1809 wurde er von Napoleon zurückgehalten und erst am 2. Juli an die österreichischen Vorposten ausgeliefert.

Nach der unglücklichen Schlacht bei Wagram wurde er vom Kaiser Franz erst provisorisch, bald (8. Oktober) aber definitiv ... mit dem Auswärtigen Ministerium betraut, das er über 38 Jahre unausgesetzt verwalten sollte. Man erwartete damals nicht viel von ihm; er galt ... als ein Vertreter der französischen Partei in Österreich, war es aber nur insofern, als er es geraten fand, sich im Einvernehmen mit Frankreich zu halten, dadurch ein russisch-französisches Bündnis zu verhindern und Österreichs von diesen beiden Mächten umworbene Stellung nach Möglichkeit für seine Vergrößerung auszunutzen.

Deutschnationale Gefühle waren dem frivolen Diplomaten fremd; aber gerade das erleichterte ihm seine neutrale, vermittelnde Haltung, namentlich nach der Katastrophe von 1812. Unberührt von dem nationalen Aufschwung des Jahres 1813, hielt er nach dem mißlungenen Frühjahrsfeldzug der Alliierten seine Zeit gekommen, um die Kraft Österreichs in die Wagschale zu werfen und einen für dieses günstigen Frieden zwischen den geschwächten Gegnern zu vermitteln.

Nachdem nach einer Zusammenkunft Metternichs mit dem Kaiser Alexander I. zu Opotschna an der schlesisch-böhmischen Grenze Anfang Juni 1813 die Verbündeten die Vermittlung Österreichs angenommen hatten, begab sich Metternich nach Dresden zu Napoleon I., mit dem er am 28. Juni die denkwürdige Unterredung hatte, in der Napoleon Österreich und Metternich mit Schmähungen überhäufte, und aus der Metternich erkannte, daß Napoleon in seinem verblendeten Übermut selbst die österreichischen Friedensbedingungen, die ihm das französische Kaiserreich ohne Illyrien, Italien und den Rheinbund ließen, nicht annehmen würde.

Mit meisterhaftem Geschick erreichte er es aber, daß die Verbündeten, um Österreich zu gewinnen, ihm die weitgehendsten Zugeständnisse machten und er selbst, als Österreich am 11. August an Frankreich den Krieg erklärte und sich ... am 9. September den Alliierten anschloß, die einflußreichste Rolle im Rat der letzteren spielen konnte.

In der Absicht, Frankreich nicht völlig zu Boden zu werfen, vor allem aber Preußen nicht zu mächtig werden zu lassen, durchkreuzte er durch den Vertrag von Ried am 8. Oktober mit Bayern Preußens deutsche Politik und hinderte durch immer erneute Anknüpfung von Frie-

densverhandlungen stets die energische Ausbeutung der von Preußen und Rußland errungenen kriegerischen Erfolge.

Er behielt durch seine Geschicklichkeit immer die Fäden der Politik in der Hand und verschaffte Österreich einen im Vergleich zu seinen Leistungen übermäßigen Einfluß auf die Dinge. Daher hatte Metternich seine Erhebung in den erblichen Fürstenstand (20. Oktober 1813) und die Schenkung des Johannisberges um Kaiser Franz wohlverdient.

Ihm wurden von den Verbündeten die Verhandlungen mit dem Grafen von Artois übertragen, die er, nachdem der Graf in Nancy eingetroffen war, von Dijon aus leitete. Im Namen der verbündeten Mächte unterzeichnete Metternich in Paris die mit Napoleon I. zu Fontainebleau getroffene Übereinkunft sowie den Frieden vom 30. Mai. Darauf begab er sich mit den Ministern Preußens und Rußlands nach England, wo er von der Oxforder Universität die Doktorwürde empfing und ... und führte auf dem Wiener Kongreß den Vorsitz.

Hier übte er inmitten der sich bekämpfenden und durchkreuzenden Interessen einen herrschenden Einfluß aus, verschaffte Österreich nicht nur eine bedeutende Vergrößerung und eine abgerundete Grenze, sondern auch die Herrschaft über das zerstückelte Italien und das durch die Errichtung des Deutschen Bundes mehr gelähmte als gekräftigte Deutschland und begründete das auf dynastischen Interessen beruhende europäische Staatensystem, welches aufrecht zu erhalten fortan sein Streben war.

Dabei versäumte er nicht, seinen Privatvorteil wahrzunehmen, und erhielt von fremden Mächten reiche Geschenke, von Rußland eine Pension sowie nach der zweiten Vertreibung Napoleons und dem Abschluß des zweiten Pariser Friedens, den Metternich am 20. November 1815 unterzeichnete, große Belohnungen von den wieder eingesetzten Fürsten.

Der König ... Siziliens ernannte Metternich 1818 zum Herzog von Portella mit einer Dotation von 60.000 Ducati sowie der König von Spanien 1826 zum Granden erster Klasse mit dem Titel eines Herzogs.

Am Monarchenkongreß zu Aachen nahm Metternich als österreichischer Bevollmächtigter teil, und 1819 präsierte er dem Kongreß zu Karlsbad. Ebenso war er bei dem deutschen Ministerkongreß zu Wien und bei den Kongressen zu Troppau 1820, zu Laibach 1821 und zu Verona 1822 im Interesse der österreichischen Reaktionspolitik ganz besonders tätig.

Es gelang ihm auch, unterstützt von so gewandten Federn wie der von Gentz, seinen Grundsatz, "daß es den Fürsten allein zustehe, die Geschicke der Völker zu leiten, und daß die Fürsten für ihre Handlungen niemand außer Gott verantwortlich seien", zur Annahme zu bringen und die Mächte zur solidarischen Unterdrückung aller Völkerbewegungen zu vereinigen. Freilich dauerte diese Einigkeit nicht lange, und Metternich selbst konnte nicht verhindern, daß Rußland den griechischen Aufstand unterstützte und die Türkei zur Abtretung Griechenlands zwang, in Frankreich das legitime Königtum gestürzt und das neu geschaffene Königreich der Niederlande wieder zerrissen wurde.

Nur in Deutschland und Italien behauptete er seine Macht, welche er zur Unterdrückung aller freien Bewegung, zur Lähmung alles geistigen Aufschwungs benutzte. Dasselbe System befolgte er auch in Österreich, wo er 1821 zum Haus-, Hof- und Staatskanzler ernannt worden war und 1826 mit dem Vorsitz der Ministerkonferenzen für die inneren Angelegenheiten die oberste Leitung des gesamten Staatswesens erhalten hatte.

Auch nach dem Tode des Kaisers Franz I. (1835) blieb Metternich im Besitz aller seiner Ämter und seines Einflusses auf die auswärtige Politik, während die Leitung der inneren auf die Staatskonferenz überging, in der Erzherzog Ludwig und Kolowrat die Mehrheit hatten. Daher ist Metternich auch nicht für die Unterlassung aller Reformen verantwortlich zu machen.

Aber der ganze Haß des über seine kläglichen politischen Verhältnisse und die gegen die Freiheit des Denkens und Glaubens gerichteten Gewalttaten erbitterten deutschen und österreichischen Volkes wendete sich gegen Metternich, den man als die verkörperte Reaktion, als

den Geist der Finsternis und Tyrannei ansah, während er doch nur aus Genußsucht und Bequemlichkeit seine Herrschaft in Ruhe ausüben wollte.

Die Bewegung von 1848 richtete sich daher vor allem gegen Metternich. Er wurde durch den Wiener Aufstand vom 13. März gezwungen, seine Entlassung zu nehmen, und vermochte sich kaum vor der Erbitterung des Volkes zu retten. Er wandte sich über Holland nach England, siedelte im November 1849 nach Brüssel über, bezog im Juni 1851 den Johannisberg im Rheingau und kehrte im September nach Wien zurück.

Ohne öffentlichen Anteil an der Politik zu nehmen, diente er seitdem doch dem Kaiserhaus mit seinem Rat; er starb am 11. Juni 1859, nachdem er noch den Beginn des italienischen Krieges erlebt (hatte). Er wurde in der Familiengruft zu Plaß in Böhmen beigesetzt.

Er war vermählt zuerst seit 1795 mit der Gräfin Eleonore von Kaunitz (gestorben 1825), dann seit 1827 mit der Freiin von Leykam, die zur Gräfin von Beilstein erhoben wurde (gestorben 1829), seit 1831 mit der Gräfin Melanie Zichy-Ferraris (gestorben 1854) und hinterließ drei Söhne und drei Töchter. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Charles Maurice Talleyrand-Périgord (x815/501): >>Talleyrand-Périgord, Charles Maurice, Prinz von Talleyrand-Périgord, Fürst von Benevent, berühmter Diplomat, geboren am 13. Februar 1754 zu Paris, wurde, ob schon erstgeborener Sohn, wegen einer Fußlähmung zum geistlichen Stand bestimmt. 1780 wurde er zum Generalagenten des Klerus in Frankreich und 1788 zum Bischof von Autun ernannt.

Als Mitglied der Nationalversammlung von 1789 stimmte er am 19. Juni 1789 für die Vereinigung des geistlichen Standes mit dem dritten, wurde am 16. Februar 1790 Präsident, ... (schlug eine) feste Besoldung der Geistlichkeit, Abschaffung der Zehnten, Verkauf der geistlichen Güter und Einführung gleichen Maßes und Gewichts in ganz Frankreich vor und entwarf einen freisinnigen Unterrichtsplan.

Beim Bundesfest am 14. Juli 1790 hielt er auf dem Marsfeld das Hochamt am Altar des Vaterlandes, leistete als einer der ersten den Eid auf die Konstitution und weihte die ersten konstitutionellen Priester. Infolge davon vom Papst Pius VI. 1791 mit dem Bann belegt, legte er sein Bistum nieder.

1792 des Royalismus verdächtigt, entfloh er nach Nordamerika, wo er Handelsgeschäfte trieb. Nach dem Sturz der Schreckensherrschaft kehrte er 1795 zurück. Nach dem Staatsstreich ... (1797) übernahm er auf kurze Zeit das Ministerium des Auswärtigen. Er schloß sich jetzt Bonaparte an, half diesem nach seiner Rückkehr von Italien beim Staatsstreich ... (1799), ... und war seitdem Napoleons kluger diplomatischer Ratgeber.

Die Friedensunterhandlungen von Lunéville, Amiens, Preßburg, Posen und Tilsit leitete er vornehmlich; auch das Konkordat, durch welches 1802 der Katholizismus in Frankreich wiederhergestellt wurde, war größtenteils sein Werk. Zum Dank dafür entband ihn Papst Pius VII. von den geistlichen Weihen und erteilte seiner Zivilehe mit Madame Grant die kirchliche Legitimation.

Nach Errichtung des Kaiserthrones ernannte ihn Napoleon zum Großkammerer von Frankreich und 1806 zum souveränen Fürsten von Benevent. Zwar erhob ihn Napoleon noch im August 1807 zum Vizeroßwahlherrn und nahm ihn 1808 mit nach Bayonne und Erfurt; doch war Talleyrand-Périgord gegen die unaufhörlichen Eroberungskriege, fiel deshalb in Ungnade, verlor seinen Ministerposten und zog sich 1808 auf sein Landgut Valençay zurück.

Nach der Katastrophe in Rußland trat er in geheime Unterhandlungen mit den Bourbonen und betrieb nach dem Einrücken der Verbündeten in Frankreich ihre Restauration. Als Ludwig XVIII. die Regierung angetreten (hatte), wurde Talleyrand-Périgord zum Fürsten ... und Minister des Auswärtigen ernannt.

Die glänzendsten Triumphe diplomatischer Kunst feierte er auf dem Kongreß zu Wien, wo er

sich durch das von ihm erfundene Prinzip der Legitimität zum Mittelpunkt aller Verhandlungen machte. Mit außerordentlicher Gewandtheit verwirrte er die Interessen der Mächte und ermüdete den Kongreß, um ihn desto sicherer zu beherrschen und für Frankreich die möglichst größten Vorteile zu erlangen. Schon hatte er am 5. Januar 1815 Österreich und England für ein geheimes Bündnis mit Frankreich gegen Rußland und Preußen gewonnen, als Napoleons Rückkehr diesen Umtrieben ein Ende machte.

Ein Versuch Napoleons, Talleyrand-Périgord wieder für sich zu gewinnen, mißlang, und als jener darauf den Fürsten in die Acht erklärte, rächte sich dieser dadurch, daß er die Ächtung Napoleons bei den Verbündeten aufs eifrigste betrieb.

Nach der zweiten Restauration übernahm Talleyrand-Périgord ... (die) Präsidentschaft im Ministerium, legte aber sein Amt noch vor dem zweiten Pariser Frieden nieder, da die reaktionäre Hofpartei ihn als Revolutionär verabscheute und bekämpfte. Der König beider Sizilien schenkte ihm 1816 das Fürstentum Dino ...

Nach Karls X. Thronbesteigung (1824) zog sich Talleyrand-Périgord nach Valençay zurück. In der letzten Zeit der Restauration gehörte er in der Pairskammer zur Opposition und war auch an der Julirevolution nicht unbeteiligt. Er riet, um seine Meinung befragt, Ludwig Philipp zur Annahme der Krone. Auch ging er als Botschafter nach London, wo er eine Verständigung über die griechische und belgische Frage zustande brachte. ... Er lebte fortan zurückgezogen in Valençay, wo er am 17. Mai 1838 starb.

Sein Geist und sein schlagfertiger, feiner Witz in der Unterhaltung, seine kurze, treffende Ausdrucksweise sind berühmt. Eine Menge glücklicher Wendungen werden von ihm überliefert und sind geflügelte Worte geworden. Die bekannteste (freilich nicht zuerst von Talleyrand-Périgord herrührende) ist, "daß dem Menschen die Sprache gegeben sei, um seine Gedanken zu verbergen".

Sehr bequem, verstand er vortrefflich die Kunst, andere für sich arbeiten zu lassen. Egoist im höchsten Grad, war er, von der Sucht nach Gold abgesehen, fast ohne alle Leidenschaften, verstand es aber vortrefflich, anderer Leidenschaften für sich auszubeuten. Sein auf 18 Millionen Franc sich belaufendes Vermögen vermachte er größtenteils seiner Nichte, der Herzogin von Dino. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den Wiener Kongreß von 1815 (x057/126-128): >>... Bei der Neugestaltung Europas auf dem Wiener Kongreß wurde das Ziel der Erhebung nicht erreicht. Die beiden Großmächte Österreich und Preußen hatten verschiedene Wünsche und entzweiten sich bei der Gestaltung der deutschen Verhältnisse. Hierfür waren die Belange auswärtiger Staaten maßgebend, während die Forderungen der Nation unerfüllt blieben.

Österreich gab Vorderösterreich und Belgien preis, erhielt Tirol, Kärnten, Krain und Dalmatien zurück und wurde durch Galizien und die Lombardei mit Venetien in Oberitalien entschädigt. Damit war es eine osteuropäische Großmacht geworden und Deutschland noch mehr entwachsen.

Preußen verzichtete auf die Erwerbungen der beiden letzten polnischen Teilungen, behielt jedoch Danzig, ferner den Hauptteil der Provinzen Westpreußen und Posen. Es verlor Ansbach und Bayreuth an Bayern und Ostfriesland an Hannover.

Dagegen erwarb es große zusammenhängende Gebiete in der heutigen Rheinprovinz und Westfalen zurück und entschädigte sich für seine Verluste durch den Erwerb von halb Sachsen und Vorpommern mit Rügen. Preußen verstärkte dadurch seine Stellung in Norddeutschland, blieb aber ein zusammenhangloses Gebiet, das am Rhein und an der Weichsel die Wacht gegen Frankreich und Rußland übernehmen mußte und dadurch mit den Aufgaben Deutschlands aufs engste verwuchs. ...

England war die erste Seemacht und Rußland die erste Landmacht Europas geworden.

Deutschland dagegen ging geschwächt aus dem großen Ringen hervor; denn die ersehnte Einigung blieb ihm versagt.

Durch die Wiener Schlußakte trat an die Stelle des früheren deutschen Reiches der Deutsche Bund, ein völkerrechtlicher Verband von 38 souveränen Staaten zum Schutz gegen äußere Angriffe und zur Erhaltung der Ruhe im Innern. Die Gesandten aller Staaten bildeten die Bundesversammlung und deren Ausschuß den Bundestag, der unter Österreichs Vorsitz in Frankfurt am Main ständig tagte. Während einige Gebiete außerhalb des Bundes blieben, waren England (für Hannover), die Niederlande (für Luxemburg) und Dänemark (für Holstein) im Deutschen Bund vertreten.

So wurde die Auflösung des Deutschen Reiches unter der Vormundschaft Europas durch die Wiener Schlußakte bestätigt. Der deutsche Bund war nicht lebensfähig, denn er bot weder eine politisch-militärische noch eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit. ...<<

Der deutsche Historiker Christian Zentner schreibt später über den "Wiener Kongreß" und Napoleons Kriegsziele (x065/299-300): >>Der Wiener Kongreß brachte schließlich 1815 die Wiederherstellung der alten Mächtekonstellation auf dem alten Kontinent. Frankreich wurde auf den Besitzstand von 1792 festgelegt, wobei die außenpolitische Kunst Talleyrands die Rivalität der Alliierten geschickt zugunsten Frankreichs ausnutzte. ... England aber war der eigentliche Gewinner des Kampfes. ... Die Niederwerfung des stärksten Kontinentalstaates hatte Englands schwer erschütterte Stellung als führende Weltmacht erneut gesichert.

Wie im Dreißigjährigen Krieg gab es auch in diesen Kämpfen eine Wandlung der Kriegsziele und –motive. Die Festlandkriege der französischen Revolutionszeit begannen als Zusammenstoß des revolutionären Frankreich mit den alten konservativen Mächten, die auf die Erhaltung der absolutistischen Staatsform bedacht waren. Bald aber wurden sie durch Englands Eingreifen zur machtpolitischen Auseinandersetzung um die Führung in Europa.

Napoleon I. erstrebte ein geeintes Europa unter Frankreichs Vorherrschaft, wobei er das Bürgertum durch Beibehaltung revolutionärer Errungenschaften – man denke an den Code Civil und seine Wirkung im linksrheinischen Deutschland – zu gewinnen hoffte. Durch Schonung der europäischen Dynastien und durch Heirat (Marie-Louise von Österreich) wollte er die Festlandmächte an sich binden.

Mit Rußland suchte er einen Ausgleich dadurch, daß er die russischen Expansionsgelüste im Ostseeraum und in Richtung auf das Mittelmeer unterstützte. Sein Hauptgegner blieb England, das in einem geeinten Europa den gefährlichsten Feind seiner Kolonial- und Seemachtstellung sah, ganz im Sinne der oranischen Balance-of-power-Politik. ...<<

Der Wiener Kongreß endete für Preußen und andere deutsche Staaten mit einer herben Enttäuschung, denn die angestrebte nationale Einigung Deutschlands und eine Erneuerung der römisch-deutschen Kaiserwürde scheiterten kläglich. Der österreichische Staatskanzler von Metternich, der an der Neuordnung 1814/15 wesentlich beteiligt war, konnte alle deutschen Einigungsbestrebungen mühelos verhindern und die Habsburger Vormachtstellung sichern.

An die Stelle des früheren Heiligen Römischen Reiches Deutschen Nation trat am 8. Juni 1815 der sog. "Deutsche Bund", der sich aus der völkerrechtlichen Vereinigung von 35 souveränen deutschen Fürsten und den 4 Freien Städten (Bremen, Hamburg, Lübeck und Frankfurt) zusammensetzte. Die größten Mitgliedstaaten waren Österreich (9,5 Millionen Einwohner), Preußen (7,9 Millionen Einwohner) und Bayern (3,5 Millionen Einwohner). Dem Deutschen Bund gehörten auch die Könige von Dänemark (für Holstein und Lauenburg), Großbritannien (für Hannover) und Holland (für Luxemburg und Limburg) an.

Der Deutsche Bund war lediglich ein lockerer Zusammenschluß von Einzelstaaten. Das zentrale Organ des Deutschen Bundes war die ständig tagende Bundesversammlung (Gesandtenkongreß) in Frankfurt/Main. Der Deutsche Bund und die Bundesversammlung (oberste Behörde) in Frankfurt standen naturgemäß unter österreichischer Führung.

Da der Deutsche Bund aus zahlreichen selbständigen Staaten mit speziellen Hoheitsrechten (unterschiedliche Stimmrechte, Austritts- und Vetoverbot etc.) bestand, konnte man meistens keine Beschlüsse fassen, so daß dieser Staatenbund oft handlungsunfähig blieb.

Infolge dieser Handlungsunfähigkeit machte sich der Deutsche Bund später regelmäßig zum Gespött aller europäischen Nachbarn (ähnliche parlamentarisch-demokratische Grundsätze hatten vorher schon das polnische Königreich zugrunde gerichtet), so daß sich unter den deutschen Patrioten und ehemaligen Freiheitskämpfern schnell große Enttäuschung und Verbitterung ausbreiteten. Die Hauptaufgaben des Deutschen Bundes bestanden damals eigentlich nur darin, die Bildung eines nationalen deutschen Zentralstaates zu verhindern.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Deutschen Bund von 1815-1866 (x804/772-774): >>Deutscher Bund, der auf der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 beruhende deutsche Staatenbund, welcher sich infolge des deutschen Krieges von 1866 aufgelöst hat.

Die Akte war auf Grund des österreichischen Entwurfes, den man mit dem preußischen Programm verschmolzen hatte, auf dem Wiener Kongreß zustande gekommen und ließ viele Wünsche der Nation unbefriedigt, da man nach langen vergeblichen Verhandlungen schließlich unter dem Eindruck der Rückkehr Napoleons den Abschluß eines Bundes ... (übereilt erstellt) hatte. Zweck desselben war die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten.

Das Gebiet des Deutschen Bundes ... grenzte im Norden an die Nordsee, Dänemark (Schleswig) und die Ostsee, im Osten an die außerdeutschen Provinzen Preußens (Preußen und Posen), an Russisch-Polen, die außerdeutschen Kronländer Österreichs (Galizien, Ungarn, Kroatien), im Süden an das Adriatische Meer, das österreichische (nicht deutsche) Istrien, Venetien, die Lombardei und die Schweiz, im Westen an Frankreich, Belgien und die Niederlande.

Mitglieder des Bundes waren bei der Gründung 35 (zuletzt 31) monarchische Staaten und 4 Freie Städte, von den Ländern des jetzigen Deutschen Reiches gehörten nicht dazu die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, ferner Schleswig und Elsaß-Lothringen, dagegen die deutschen Kronlande Österreichs, Liechtenstein und Luxemburg-Limburg.

Während des Bestehens des Bundes sind folgende Gebietsveränderungen eingetreten: Sachsen-Coburg erhielt einen Teil von Sachsen-Gotha mit der Stadt, aus einem anderen Teil wurde Sachsen-Altenburg gebildet, während Sachsen-Hildburghausen in Sachsen-Meiningen aufging; die drei anhaltischen Ländchen wurden zu einem Herzogtum Anhalt vereinigt, endlich die beiden Hohenzollern in Preußen einverleibt.

... Obwohl die nichtdeutschen Provinzen Österreichs und Preußens dem Bund nicht angehörten, so war in diesem die Zahl der nichtdeutschen Einwohner doch sehr erheblich. Im Jahre 1864 schätzte man die Zahl der Deutschen auf 37 Millionen, wovon 20 Millionen Oberdeutsche, 17 Millionen Niederdeutsche waren; außerdem gab es 7.900.000 Slawen, 550.000 Romanen, 6.000 Griechen und Armenier, 500.000 Juden. Von den Romanen waren 420.000 Italiener, 60.000 Wallonen und Franzosen, 10.000 Ladiner (in Tirol), 50.000 Furlaner (in Görz), 3.000 Ostromanen.

Was die Religion betrifft, so hielten sich beide christlichen Bekenntnisse ungefähr das Gleichgewicht, indem neben 22,3 Millionen Katholiken 10,2 Millionen Lutheraner, 9,3 Millionen Evangelisch-Unierte und 900.000 Reformierte im Jahre 1855 geschätzt wurden. Daneben gab es noch 50.000 christliche Sektierer, 5.000 nichtunierte Griechen und Armenier und ½ Millionen Juden. Demnach hatte sich im neuen Deutschen Reich das Verhältnis zu Gunsten der Protestanten bedeutend verschoben.

Die Angelegenheiten des Bundes wurden durch eine Bundesversammlung besorgt, den sogenannten Bundestag, welcher aus den bevollmächtigten Gesandten aller Bundesstaaten bestand und seinen Sitz in Frankfurt am Main hatte. Das Präsidium führte Österreich. Die Bundesver-

sammlung bestand

1) als allgemeine Versammlung oder Plenum, in welcher Österreich und die 5 Königreiche je 4 (24), Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Holstein-Lauenburg und Luxemburg-Limburg je 3 (15), Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Nassau je 2 (6), die übrigen Staaten je 1 Stimme hatten, so daß mit ihren 25 Stimmen das Plenum 70 Stimmen zählte;

2) als engerer Rat (Bundesregierung), in welchem Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt (mit Hessen-Homburg), Holstein (mit Lauenburg), Luxemburg (mit Limburg) je 1, die übrigen Staaten Gesamt- oder Kuriatstimmen, nämlich die sächsischen Herzogtümer, Braunschweig und Nassau, die beiden Mecklenburg, Oldenburg, die anhaltischen und schwarzburgischen Häuser, die Fürstentümer Hohenzollern, Reuß, Liechtenstein, beide Lippe und Waldeck, die vier Freien Städte, gemeinschaftlich führten. Durch die oben erwähnten Gebietsveränderungen sank bis 1865 die Zahl der Virilstimmen im Plenum von 70 auf 65 herab.

Das Plenum trat zusammen, wenn es sich um Abfassung oder Abänderung von Grundgesetzen des Bundes, um organische Bundeseinrichtungen und sonstige gemeinnützige Anordnungen, um eine Kriegserklärung oder Friedensbestätigung oder um Aufnahme eines neuen Mitgliedes in den Bund handelte, und zwar fand hier keine Beratung und Erörterung, sondern nur Abstimmung statt, wobei zu einem gültigen Beschluß eine Majorität von zwei Dritteln erforderlich war.

Im engeren Rat entschied absolute Majorität. Die Sitzungen der Bundesversammlung waren teils vertrauliche zu vorläufiger Besprechung ohne Protokollaufnahme, teils förmliche. Die Protokolle wurden bis zur Mitte des Jahres 1824 meist veröffentlicht, seitdem nur manchmal, dann gar nicht mehr, zuletzt wieder in knapper Form.

Die Bundesakte gestattete den Untertanen der deutschen Bundesstaaten, Grundeigentum außerhalb des Staates, den sie bewohnten, zu erwerben und zu besitzen, ohne deshalb höhere Abgaben als die Einheimischen zu bezahlen, ferner die Freizügigkeit innerhalb der deutschen Staaten, endlich das Recht, in Zivil- und Militärdienst eines anderen Staates zu treten, wenn der Militärpflicht im eigenen Vaterland genügt war. Vielversprechend lautete Artikel 13: "In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden".

Kaum waren aber in einigen süddeutschen Staaten konstitutionelle Verfassungen entstanden, so führte die Furcht vor der Revolution den Bundestag 1819 zu den Karlsbader Beschlüssen, infolge deren eine Zentraluntersuchungskommission in Mainz niedergesetzt wurde.

Die Bundesakte erhielt dann eine Ergänzung in der Wiener Schlußakte (vom 15. Mai 1820), in welcher zwar der frühere Artikel 13 bestätigt, aber mehrere denselben einschränkende Bestimmungen getroffen wurden; so z.B.: "Die gesamte Staatsgewalt muß in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben, und der Souverän kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden"; ferner: "Die im Bund vereinten souveränen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmäßigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden".

Nach der Julirevolution nahm der Bundestag von neuem Gelegenheit, die Regierungen zu ermahnen, daß sie den Übergriffen der Landstände wirksam entgegentreten sollten, und stellte für gewisse Fälle sein Einschreiten in Aussicht. Erst in der Revolution von 1848 sind diese Ausnahmebestimmungen aufgehoben worden.

Die durch den Bund herbeigeführte Einheit der deutschen Nation beschränkte sich auf die Aufstellung einer Bundesarmee, für welche in den Beschlüssen der Bundesversammlung vom 9. und 12. April 1821 und 11. Juli 1822 eine Kriegsverfassung festgestellt wurde. Das Heer, welches zur Verteidigung des Bundes wie jedes seiner Glieder dienen sollte, stand unter der Oberleitung der Bundesversammlung, welcher eine Militärkommission aus sieben stimmführenden höheren Offizieren hierfür unterstellt war. Die Stärke der aufzubringenden Kontingen-

te wurde nach der Bevölkerungszahl von 1818 festgesetzt und bis zum Jahr 1860 noch sechsmal geändert; sie betrug 1 Prozent, der Ersatz $\frac{1}{2}$ Prozent.

1855 wurde die Stärke auf $1\frac{1}{6}$, die Reserve auf $\frac{1}{3}$ und der Ersatz auf $\frac{1}{6}$ Prozent der Bevölkerung festgesetzt. Nach dem letzten Beschluß der Bundesversammlung hierüber (vom 27. April 1861) zerfiel das Heer in 10 Armeekorps, von denen das 1.-3. Österreich, das 4.-6. Preußen, das 7. Bayern, die drei letzten nebst einer Reservedivision von den übrigen Staaten gebildet wurden. Das Heer hatte eine Stärke von 553.028 Mann (426.635 Infanterie, 69.218 Kavallerie, 50.254 Artillerie, 6.921 Pioniere) mit 1.134 Geschützen. Bundesfestungen waren Mainz, Luxemburg, Landau, Rastatt und Ulm.

Obwohl sich in der Bundesakte die Bundesmitglieder vorbehalten hatten, alsbald wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten in Beratung zu treten, ist auf diesem Gebiet nur durch die Initiative einiger Bundesstaaten eine wenigstens teilweise Einigung herbeigeführt worden.

So bildeten sich der Preußisch-Deutsche Zollverein und der von Hannover geleitete Steuerverein, welche erst 1851 miteinander verschmolzen und bis zur Auflösung des Bundes alle nichtösterreichischen Bundesstaaten, mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin, Holstein und den drei Hansestädten, in sich vereinigten. Durch einen Handels- und Zollvertrag trat dieser Deutsche Zollverein mit dem Österreichischen Zollverein 1853 in Verbindung.

Weit ärger war die Zerrissenheit auf dem Gebiet des Postwesens und des Münzfußes. Es gab innerhalb des Bundesgebietes 18 verschiedene Postverwaltungen ... Was das Münzwesen anbetrifft, so herrschte bis zur Münzkonvention von 1857 eine den Handel schwer schädigende Verschiedenheit in den einzelnen Bundesstaaten. ... Während die Staaten des Zollvereins sich schon 1838 über das Wertverhältnis der süddeutschen Münzen zu den preußischen einigten, verzögerte sich die Einigung mit Österreich (inklusive Liechtenstein) bis zur genannten Konvention. ...

Die infolge der Pariser Februarrevolution auch in Deutschland wachgerufene Bewegung drängte auf eine Reform der Bundesverfassung im nationalen Sinn hin. Bald nach der Wahl des Reichsverwesers erklärte die deutsche Nationalversammlung am 28. Juni 1848 den Bundestag für aufgelöst. Erst als die Bemühungen, Deutschland unter Preußens Führung zu einigen, scheiterten, führte Österreich im Mai 1850 den Zusammentritt des alten Bundestages herbei, und Preußen fügte sich nach der Demütigung von Olmütz.

Der Zwist der beiden deutschen Großmächte über das Schicksal der Elbherzogtümer hat dann 1866 zur Auflösung des Bundes geführt. Schon am 9. April hatte Preußen den Entwurf einer Bundesreform dem Bundestag vorgelegt. Als dann Österreich die Entscheidung über Schleswig-Holstein vor den Bundestag brachte, erklärte Preußen dies für einen Bruch der Gasteiner Konvention und besetzte Holstein.

Österreich veranlaßte am 14. Juni die Bundesexekution gegen Preußen, welches sofort den Deutschen Bund für aufgelöst erklärte. Die zu Österreich haltende Majorität des Bundestages beschloß infolge der Kriegereignisse am 11. Juli, den Sitz desselben provisorisch nach Augsburg zu verlegen, siedelte am 14. Juli dahin über und hielt am 24. August ihre letzte Sitzung ab.<<

Osmanisches Reich, Serbien: Im Jahre 1815 lehnen sich die Serben wieder gegen die Türken auf.

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1815-1847 (x809/76-78): >>(Italien) ... Das Schicksal Italiens sollte auch bei der Neugestaltung Europas in keiner Weise durch Italien selbst, sondern abermals ausschließlich durch den Willen der fremden Mächte und durch die Abmachungen der Kabinette bestimmt werden. Als der hauptsächlichste Gesichtspunkt für die Ordnung der italienischen Verhältnisse galt den Alliierten die einfache Restauration ... Die alten Dynastien waren ... sämtlich in Italien

wieder zur Herrschaft gelangt, einige trugen sogar bedeutende Vergrößerungen ihres Besitzes davon.

Österreich erhielt zur Lombardei das ganze Gebiet der Stadt und des Festlandes von Venedig nebst Dalmatien; Genua fiel an den König von Sardinien, welcher im übrigen in den Besitz von Savoyen und Nizza und aller seiner früher zum Königreich Italien gehörigen Länder nach den Grenzen von 1792 gesetzt wurde; das Haus Österreich-Este gelangte wieder zur Souveränität in Modena, Mirandola, Reggio, Massa und Carrara; der Kaiserin Maria Luise von Frankreich überließ man auf Lebenszeit Parma, Piacenza und Guastalla, während die Infantin Maria von Parma zunächst mit Lucca entschädigt wurde.

Auch der Kirchenstaat wurde in allen seinen Teilen wiederhergestellt, mit Ausnahme der am linken Ufer des Po gelegenen Besitzungen, welche Österreich verblieben. Dem Erzherzog Ferdinand von Österreich fiel die Sekundogenitur (Besitzrecht) in Toskana nach den früheren Verträgen zu. In Neapel und Sizilien herrschte, wie zuvor, die bourbonische Dynastie. Die Engländer erlangten durch den Besitz Maltas ein unbestreitbares Übergewicht in den italienischen Gewässern. Eine gewisse Selbständigkeit behielten der Fürst von Monaco und die kleine Republik San Marino.

Da unter all diesen Staaten keinerlei Bündnis bestand und kaum eine Verständigung auch nur dynastischer Art zu erwarten war, so drückte die Macht Österreichs jede selbständige Regung um so mehr zu Boden, als die restaurierten Fürsten mit dem größten Widerwillen gegen die sogenannten Ideen der französischen Revolution Haß gegen politische Verfassungen und Furcht vor dem nationalen Geist verbanden.

Italiens Ruhe konnte aber unmöglich durch die Rückkehr zu den Zuständen vor der französischen Revolution gesichert sein. Trotz aller polizeilichen Überwachung und eines über ganz Italien verbreiteten Spioniersystems, dessen Fäden von Österreich geleitet wurden, entwickelte sich der Gedanke der Einheit oder doch das Bedürfnis einer föderativen Vertretung der italienischen Interessen unter den Gebildeten immer mächtiger. In wenigen Jahren war ganz Italien von einer Menge geheimer Gesellschaften durchzogen, welche ... eigenartige, wohlgegliederte Organisationen besaßen.

Darunter war die Karbonari die verbreitetste und einflußreichste, da ihre Mitglieder selbst in den höchsten militärischen und Beamtenkreisen zu finden waren. Unter den Karbonari gab es aber zwei vorherrschende Richtungen: die eine hatte mehr den inneren Ausbau freiheitlicher Zustände, die andere mehr das nationale Ziel der italienischen Einheit im Auge.

Als 1820 die spanische Revolution von Erfolg gekrönt war, fand dieselbe mächtigen Nachhall in ganz Italien und alsbald eine wohlgelungene Nachahmung in Neapel. Wie in Spanien, so war auch in Neapel das Militär der Herd der Unzufriedenheit mit den Maßregeln des despotischen Königs beider Sizilien, der sich als solcher Ferdinand I. nannte. Bei der unglaublichsten Mißverwaltung, dem Räuberunwesen und der einseitigsten Begünstigung des Klerus war die Aufpflanzung der Fahne der Empörung bei einem einzigen Regiment hinreichend, um die absolute Regierung zu stürzen. Der König willigte in die Erteilung einer Verfassung, welche derjenigen der spanischen Cortes von 1812 nachgebildet war. ...

In Laibach ... wurde 1821 die Intervention Österreichs in Neapel beschlossen. Ein österreichisches Truppenkorps stellte die sogenannte Ordnung in Neapel wieder her, indem das neapolitanische Heer und die Nationalgarden wenig Tapferkeit an den Tag legten. ...

Im Mailändischen hatte die österreichische Polizei allen Erhebungsversuchen vorgebeugt; die Grausamkeit aber, mit welcher alle Kompromittierten verfolgt und bestraft wurden, ... trugen wesentlich dazu bei, den Haß des italienischen Volkes gegen Österreich zu verallgemeinern und zu vertiefen. ...

Nach der Pariser Julirevolution 1830 hoffte man in Italien auf die Unterstützung der liberalen Ideen durch Frankreich. Die Gärung wuchs namentlich im Kirchenstaat, wo der Papst Gregor

XVI. die schärfsten Ansprüche des Pontifikats in geistlicher und weltlicher Beziehung erneuerte.

Binnen wenigen Monaten waren in den Legationen, in Umbrien, Parma, Modena, Reggio die Regierungsbehörden vertrieben, und am 26. Februar 1831 kamen die Abgeordneten der freien Provinzen Italiens zu Bologna zusammen und proklamierten die völlige Unabhängigkeit der auf der Versammlung vertretenen Länder und Provinzen von der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles und die Einheit derselben unter einer gemeinsamen selbstgewählten Regierung.

Da die Zeiten der Kongresse vorbei waren, so nahm Österreich auf eigene Faust es auf sich, die legitimen Regierungen zu schützen. Der Herzog von Modena erschien mit seinen eigenen und österreichischen Truppen, schlug bei Carpi am 6. März 1831 die Bürgergarden in die Flucht und zog am 9. März wieder in seiner Residenz ein. Mittlerweile hatten die Österreicher den Po überschritten, besetzten Ferrara, Parma und Bologna und schlugen am 25. März die Italiener bei Rimini, so daß die provisorische Regierung abdankte und die Gewalt in die Hände des Kardinals Benvenuti niederlegte. Die Österreicher besetzten Ancona und die päpstlichen Truppen Spoleto.

Die Ruhe schien hergestellt zu sein, aber die törichte Strenge des Herzogs von Modena und des Papstes machte 1832 eine neue Intervention Österreichs nötig, nachdem die Truppen bereits zurückgezogen waren. Es lag jetzt vor den Augen Europas zu Tage, daß diese Staaten ohne fremde Hilfe und österreichische Schergendienste nicht bestehen konnten; allein der neue König, Ludwig Philipp, in Frankreich wollte seinen Thron nicht durch waghalsige Unternehmungen zu Gunsten Italiens aufs Spiel setzen und begnügte sich seinerseits mit der Besetzung Anconas, als die Österreicher keine Miene machten, 1833 die besetzten Orte des Kirchenstaates zu verlassen.

Aber die Gärung dauerte fort, nur in Parma hatte die Herzogin nach ihrer Rückkehr durch Milde und einige zeitgemäße Reformen vieles zur Versöhnung getan. Auch der König von Sardinien, Karl Albert, welcher das Vertrauen der Höfe wiedergewonnen hatte und am 27. April 1831 zur Regierung gelangt war, befolgte anfangs ein mildes und freisinniges Regierungssystem. Doch widerstand er nicht lange dem Druck Metternichs und schloß sich den gemeinsamen Reaktionsmaßregeln der Regierungen an, welche dann zu einer Reihe von Verschwörungen Anlaß gaben, die aber alle mißlangen. ...

Vorerst kam es darauf an, die Gärung nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Die Erhebungen in Neapel und in der Romagna 1843 und 1844 sorgten aber dafür, daß der erwachte Nationalgeist nicht wieder erlosch.

Als nun nach dem Tod Gregors XVI. 1846 im Kirchenstaat Pius IX. den päpstlichen Stuhl bestieg, schien eine Wendung eintreten zu sollen. Der neue Papst, aus Opposition gegen den österreichischen Einfluß gewählt, galt als der nationalen Sache nicht abgeneigt und sprach es offen aus, daß die Zustände Italiens reformbedürftig seien. Eine Partei der Kardinäle war für den Gedanken einer auf ... Selbsttätigkeit der Gemeinden gestützten Verwaltung gewonnen worden. Anfang 1847 wurde ein milderes Zensurgesetz gegeben ...

Diese schwachen Anfänge einer Reform machten den Papst in ganz Italien nicht nur populär, sondern sie regten auch überall zu Forderungen gleicher Art gegenüber den Regierungen an. Namentlich in dem österreichischen Italien erlangte die oppositionelle Stimmung eine bis dahin nicht gekannte Höhe und verschaffte sich zunächst durch kleinliche, aber doch verständliche Mittel, wie das geheime Verbot des Rauchens österreichischen Tabaks, Geltung. ...<<

Schweiz: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Schweiz" von 1815-1839 (x814/761-762): >>... Die neue Bundesakte, welche am 7. August 1815 in Kraft trat, machte die Schweiz wieder zu einem ziemlich losen Staatenbund mit einer an die Instruktionen der Kantonsregierungen gebundenen Tagsatzung, in der jeder Kanton

eine Stimme hatte. Die Kantonsverfassungen waren aristokratisch, räumten den Hauptstädten ein starkes Übergewicht ein und gaben den Behörden durch kompliziertes Wahlsystem und Selbstergänzungsrecht den Charakter oligarchischer Kollegien.

Die Opposition, welche durch die wiedererstandene Helvetische Gesellschaft und die 1824 beginnenden eidgenössischen Freischießen angefaßt wurde, richtete sich daher sowohl auf Einführung demokratischer Verfassungen in den Kantonen als auf Verstärkung der Bundesgewalt und erlangte durch die Julirevolution solche Macht, daß 1830 und 1831 in der Hälfte der Kantone die Verfassung in demokratischem Sinn reformiert wurde; besonders wichtig war die Reform im Kanton Zürich (20. März 1831).

In Basel und Schwyz führte der Streit zwischen Stadt und Landschaft zu blutigen Konflikten und zur Trennung. ... Als die Schwyzer die abgefallenen Ortschaften militärisch zu besetzen anfangen und Baselstadt sich der Landschaft durch einen Handstreich zu bemächtigen suchte, ließ die Tagsatzung in beide Orte eidgenössische Truppen einrücken und erzwang die Auflösung des Sarner Bundes; Basel blieb in die Kantone Baselstadt und Baselland geteilt, während die abgefallenen Landschaften mit Schwyz auf dem Fuß der Rechtsgleichheit wieder vereinigt wurden.

Auch die kirchlichen Verhältnisse gaben zu Streitigkeiten Anlaß. 1834 hatten die Kantone Luzern, Bern, Zug, Solothurn, Baselland, St. Gallen, Aargau und Thurgau in einer Konferenz zu Baden am 20. Januar 1834 ein Konkordat aufgestellt, um die Rechte des Staates gegenüber der katholischen Kirche zu wahren.

Dasselbe wurde aber in St. Gallen 1835 durch die klerikale Agitation bei der Volksabstimmung zu Fall gebracht, und auch Bern trat infolge der Erregung im katholischen Jura 1836 von demselben zurück.

In Zürich kam es zu einer Auflehnung der Orthodoxen gegen das bisher äußerst wohlthätige liberale Regiment, als der Verfasser des "Lebens Jesu", D. F. Strauß, 1839 an die neu gegründete Hochschule berufen wurde: ein Bauernhaufen rückte am 6. September in die Stadt und erzwang den Sturz der liberalen und die Einsetzung einer konservativen Regierung. ...<<

Frankreich, Belgien: Napoleon verläßt schon nach einigen Monaten eigenmächtig sein Exil und kehrt im Jahre 1815 überraschend nach Frankreich zurück ("Herrschaft der Hundert Tage").

Nach seiner Rückkehr richtet Napoleon folgenden Aufruf an die Franzosen (x233/40): >>An das französische Volk! Franzosen! ...

Durch eure Wahl bin ich auf den Thron erhoben, und so ist alles, was ohne euch geschah, illegitim.

Seit 25 Jahren hat Frankreich neue Anliegen, neue Einrichtungen, einen neuen Ruhm, die ihm nur durch eine nationale Regierung und durch eine aus den neuen Umständen geborene Dynastie bewahrt werden können. ...

So seid ihr es allein und die Tapferen der Armee, denen alles zu verdanken ich mich rühme, heute und immerdar.<<

Am 18. Juni 1815 kommt es bei Waterloo (Belle Alliance, etwa 15 km von Brüssel entfernt) zur "letzten Entscheidungsschlacht". Dieser Kampf wird ein äußerst blutiges Gemetzel. Die erbitterten Gefechte toben bis zum Einbruch der Dunkelheit und werden schließlich durch General Blücher entschieden.

Die preußisch-britisch-niederländischen Truppen (75.000 Deutsche, 24.000 Briten und 13.000 Niederländer) schlagen das französische Heer (72.000 Soldaten) vernichtend. Nach Abschluß der letzten Kämpfe ist das Schlachtfeld mit Toten und furchtbar Verstümmelten regelrecht übersät. Die außergewöhnlich harten Gefechte fordern mindestens 45.000 Tote und Schwerverwundete (x215/233).

Nach diesem furchtbaren Massaker wird Napoleon durch die französische Regierung ausge-

wiesen und muß Frankreich sofort verlassen. Da die aufgebrachten Preußen Napoleon wegen des Massakers von Waterloo als Kriegsverbrecher erschießen wollen, liefert sich der "große Diktator" heuchlerisch der "Gnade seiner britischen Gegner" aus.

Nach dem Massaker von Waterloo schreibt der britische Premierminister an seinen Außenminister (x233/40): >>... Hierzulande herrscht die Idee vor, wir seien durchaus berechtigt, uns den jetzigen Augenblick zu Nutze zu machen, um Frankreich die wichtigsten Eroberungen Ludwigs des XIV. wieder abzunehmen. ...

(Antwort des Außenministers:) Es ist nicht unsere Aufgabe, Trophäen zu sammeln, sondern zu versuchen, wenn möglich die Welt wieder zu friedlichen Gewohnheiten zurückzuführen. Ich glaube nicht, daß es klar ist, ... daß Frankreich nicht doch ein nützliches und nicht gefährliches Glied des europäischen Systems werden kann.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Schlacht bei "Waterloo" (x816/440-441): >>Waterloo, ... Dorf in der belgischen Provinz Brabant, 15 km südöstlich von Brüssel, am südlichen Rande des Soigner Waldes ... Berühmt ist Waterloo durch die Schlacht vom 18. Juni 1815, welche Napoleon I. gegen Wellington und Blücher verlor, und die dem ersten französischen Kaiserreich ein Ende machte.

Nur die Briten benannten die Schlacht nach dem Dorf Waterloo, da Wellington daselbst sein Hauptquartier hatte; die Franzosen bezeichneten sie nach dem Dorf Mont St.-Jean, dem Schlüssel der britischen Stellung, die Preußen nach dem Meierhof Belle-Alliance, wo das französische Zentrum stand. Doch ist jetzt der Name Waterloo der gebräuchlichste.

Nachdem Wellington am Morgen des 17. Juni die Niederlage der Preußen bei Ligny und deren Rückzug auf Wavre erfahren (hatte), brach er um 10 Uhr von Quatrebras auf und nahm eine Stellung zwischen dem Städtchen Braine l'Alleud und dem Meierhof Papelotte. Seine Hauptmacht (67.600 Mann = ... 30.000 Deutsche, 24.000 Briten, 13.000 Niederländer, mit 180 Geschützen) hatte er am Morgen des 18. zu beiden Seiten der Straße von Charleroi nach Brüssel auf einem von Westen nach Osten laufenden Höhenzug ... aufgestellt. ...

Wellington mußte nach dem unglücklichen Ausgang der Schlacht bei Ligny erwarten, von Napoleons Hauptmacht angegriffen zu werden, und beschränkte sich daher bis zur Ankunft der Preußen auf eine absolute Verteidigung. Napoleon hatte ... die Truppen erst gegen 10 Uhr vormittags aus ihren Nachtlagern aufbrechen lassen. Er stellte sie hierauf, ungefähr 2 km von dem Feind entfernt ... in Schlachtordnung ... Die ganze hier versammelte Streitmacht belief sich auf 72.000 Mann mit 246 Geschützen. Napoleons Plan war, den Hauptangriff auf den linken Flügel Wellingtons zu richten ...

Der erste Sturm hatte Erfolg: die Niederländer flohen, und schon drangen die Franzosen die Höhe hinan vor, als General Picton mit zwei Infanteriebrigaden, dann Somerset und Ponsonby mit zwei Brigaden auserlesener britischer Reiterei die Franzosen zurückwarfen und bis unter ihre Batterien verfolgten; Picton und Ponsonby fanden dabei den Heldentod, von der britischen Kavallerie blieb fast die Hälfte auf dem Schlachtfeld. Aber der erste große Angriff war abgeschlagen, 3.000 Franzosen gefangen.

Nach einer Pause, während welcher die Franzosen eine furchtbare Kanonade eröffneten, unternahm die französische Reiterei (40 Schwadronen) einen zweiten Angriff, um zwischen La Haye Sainte und Hougomont durchzubrechen. Trotz des Kartätschenhagels erstieg sie die Höhe; erst als sie auf 30 Schritt an die englischen Karrees heran war, gaben diese ein verheerendes Feuer, zugleich stürmte die verbündete Kavallerie hervor und warf die französische Reiterei zurück. Ein zweiter Versuch scheiterte ebenso wie ein dritter ...

Unterdessen tobte der Kampf der Infanterie um den Besitz der Dörfer und Gehöfte. Hougomont wurde trotz immer neuer Angriffe von den Alliierten behauptet, La Haye Sainte mußte aber zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags geräumt werden. Wellingtons Heer war fast bis auf die Hälfte zusammengeschmolzen. Auch die Franzosen hatten große Verluste erlitten; aber sie

waren bis dicht an die Linie der Verbündeten vorgedrungen ...

Doch im Vertrauen auf die von Blücher zugesagte preußische Hilfe hielt Wellington mit kaltblütiger Ruhe bis zum Äußersten stand. Und die Preußen erschienen wirklich. Trotz der Mühen und Beschwerden, welche die durch den Regen aufgeweichten Wege den marschierenden Kolonnen bereiteten, erreichten die Spitzen von Bülow's Korps nach 1 Uhr den östlichen Rand des Schlachtfeldes, und um 4½ Uhr konnte Bülow mit seinem ganzen Korps bei Frichemont zum Angriff auf Lobau schreiten, der mit zwei Divisionen den Preußen entgegengeschickt worden war, um ihren Marsch aufzuhalten.

Doch war Lobau schon zu schwach dazu und mußte sich ... zurückziehen. ... Napoleon schickte Lobau 12 Bataillone Garde mit 24 Geschützen zu Hilfe, um ... die inzwischen auf 45.000 Mann verstärkten Preußen zu halten.

Er selbst beschloß, mit einem letzten großen Schlag ... Wellingtons Schlachtlinie zu durchbrechen und so seine Niederlage abzuwenden. Eine Division von Erlons Korps und 10 Bataillone Kaisergarde gingen zum Angriff vor, aber sie wurden von den Verbündeten unter Wellingtons persönlicher Führung zurückgeschlagen. Überall waren die Franzosen im Weichen begriffen und sammelten ihre Trümmer bei Belle-Alliance. Nur die Garde bewahrte einigermaßen ihre Haltung.

In dieser Zeit eroberten die Preußen endlich Planchenois, drängten den geschlagenen Feinden energisch nach, drückten ihren rechten Flügel völlig ein und verwandelten ihren Rückzug in wilde Flucht. Blücher und Wellington trafen um 9 Uhr bei Belle-Alliance zusammen. ...

Der Verlust der Franzosen an Toten, Verwundeten und Gefangenen betrug mehr als die Hälfte der Armee, an Geschützen 182. Der Verlust der Verbündeten betrug 1.120 Offiziere und 20.877 Mann. ...

Auf alliierter Seite entbrannte infolge britischer Anmaßung, auch Wellingtons selbst, der sich das alleinige Verdienst am Sieg beimessen wollte, ein Streit über das Verdienst der verschiedenen Heere der Verbündeten, der jedoch jetzt von unparteiischer Seite dahin entschieden ist, daß den Preußen unter Blücher ein gleicher Verdienst zukommt wie dem Wellingtonschen Heer, das überdies fast zur Hälfte aus deutschen Truppen bestand. ...

Nahe bei Waterloo, auf dem Schlachtfeld, in der Gemarkung des Weilers Mont St.-Jean, steht das von dem Prinzen von Oranien und der holländischen Armee errichtete Denkmal, ein 60 m hoher, künstlicher Hügel in Form eines Hünengrabs mit einer 19 m hohen Säule, die einen kolossalen Löwen trägt. Bei Planchenois, 1½ Stunde südlich von Waterloo, befindet sich unweit des Meierhofs Belle-Alliance ein von dem König von Preußen errichtetes eisernes Denkmal.

Diese beiden Denkmäler wurden 1832 von den Franzosen ... beschädigt. Außerdem stehen noch unweit von Waterloo selbst zwei kleinere Denkmäler für den Obersten Gordon und die gefallenen Offiziere der englisch-deutschen Legion.<<

Der 2. Pariser Frieden (November 1815) ist angesichts der vielen neuen Kriegsoffer wieder ungewöhnlich mild. Frankreich muß nur das westliche Saarland (mit Saarbrücken) an Preußen und Landau an Bayern abtreten. Obwohl Frankreich vollständig besiegt wird, sind die deutschen Staaten damals nicht in der Lage, die Rückgabe der gewaltsam annektierten Reichsgebiete (Elsaß und Lothringen) durchzusetzen.

Die Reparationsleistungen betragen nur 700 Millionen Franc (x054/137), obgleich Napoleon mehr als 800 Millionen Franc aus den besetzten Ländern herausgepreßt hatte. Die Siegermächte verlangen jetzt aber wenigstens alle geraubten Kunstschatze zurück. Bis 1818 ziehen die Siegermächte alle Besatzungstruppen vorzeitig aus Frankreich ab.

Obwohl man ungewöhnlich maßvolle Friedensbedingungen vereinbart, fühlen sich die stolzen Franzosen jahrzehntelang gedemütigt und ungerecht behandelt. Die verlorene Großmachtstellung läßt Frankreich nicht ruhen, denn die angeblich erlittene Schmach muß unbedingt getilgt

werden.

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über den 2. Pariser Frieden von 1815 (x090/191): >>Der zweite Pariser Friede vom 20. November 1815 nahm Frankreich zwar Saarbrücken und Landau, ließ ihm sonst aber die 1814 bewilligten Grenzen. Der Wunsch deutscher Patrioten nach Rückgliederung des Elsaß blieb unerfüllt. ...<<

Am 26. September 1815 gründen Rußland, Österreich und Preußen eine sogenannte "Heilige Allianz" (x261/44): >>Im Namen der Allerheiligsten und Unteilbaren Dreieinigkeit.

Ihre Majestäten die Kaiser von Österreich, der König von Preußen und der Kaiser von Rußland haben ... die innige Überzeugung gewonnen, in ihren gegenseitigen Beziehungen den Verkehr auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, welche uns die unvergängliche Religion des göttlichen Heilandes lehrt. ...

Artikel 1: Entsprechend der Heiligen Schrift, welche alle Menschen heißt, sich als Brüder zu betrachten, werden die drei Monarchen vereinigt bleiben durch die Bande einer wahren und unauflöselichen Brüderlichkeit, indem sie sich als Landsleute ansehen und sich bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort Hilfe und Beistand leisten; indem sie sich ihren Untertanen und Heeren gegenüber als Familienväter betrachten, werden sie sie in dem gleichen Geiste der Brüderlichkeit lenken.

Artikel 2: Infolgedessen wird als einziger Grundsatz, sei es zwischen den genannten Regierungen, sei es zwischen ihren Untertanen, gelten, daß sie ... sich insgesamt nur als Glieder ein und derselben christlichen Nation betrachten, während die drei verbündeten Fürsten sich selbst nur als Beauftragte der Vorsehung ansehen, um drei Zweige ein und derselben Familie zu regieren. ...<<

Diese "Heilige Allianz", die angeblich den Frieden sichern soll, wird jedoch später überwiegend zur Bekämpfung von Volksaufständen und zur Unterdrückung von nationalen Minderheiten genutzt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Heilige Allianz" (x808/294): >>Heilige Allianz (Heiliger Bund), der Bund, welcher nach der zweiten Besiegung Frankreichs vor der Unterzeichnung des zweiten Pariser Friedens von den drei Monarchen Rußlands, Österreichs und Preußens bei ihrer Anwesenheit in Paris am 26. September 1815 ohne amtliche Vermittlung ihrer Minister geschlossen wurde.

Man ging dabei von der Idee eines großen Fürstenbundes aus, in welchem die Grundsätze des Christentums als das höchste Gesetz des Völkerlebens gelten sollten.

In der darüber abgefaßten Urkunde erklärten die drei Monarchen, daß sie sich sowohl in der Regierung ihrer Staaten als in ihrer auswärtigen Politik zu den christlichen Prinzipien der Gerechtigkeit, der Milde und des Friedens bekennen, daß sie daher nach der Forderung der Heiligen Schrift durch die Bande einer wahren und unzertrennlichen Bruderschaft vereinigt bleiben und in jedem Fall einander Hilfe und Beistand leisten, auch gleichsam als Familienväter ihre Untertanen und Heere in demselben brüderlichen Geist leiten wollten und als Vertreter der drei Hauptformen der Einen christlichen Religion der Überzeugung lebten, daß die christliche Erde in der Tat keinen anderen Herrn habe als denjenigen, dem allein die Macht gebührt, nämlich Gott und den Erlöser. Von bestimmten Leistungen der Stifter des Bundes war nirgends die Rede.

Am Schluß der Urkunde wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß alle christlichen Souveräne Europas der Allianz beitreten und die Grundsätze derselben zu den ihrigen machen möchte. Demgemäß wurde der Sultan nicht zum Beitritt aufgefordert, aber auch der Papst nicht, dem man wohl eine Allianz mit schismatischen und ketzerischen Fürsten nicht zumuten mochte.

Die meisten Fürsten traten bei, nur der Prinz-Regent von England nicht, weil die englische Verfassung eine bloß persönliche Verpflichtung des Staatsoberhauptes nicht zulasse.

Die erste Anregung der Heiligen Allianz ging von Kaiser Alexander I. aus, der mitunter zu Schwärmerei und überspannter religiöser Empfindung geneigt war. Eine reaktionäre, freiheits- und volksfeindliche Tendenz lag ihr ursprünglich fern. Die spätere Wirksamkeit des Bundes auf das äußere und innere Staatsleben während der sogenannten Restaurationsepoche bestand allerdings darin, daß durch eine gemeinsame Kongreß- und Interventionspolitik nicht nur die Revolution, sondern auch die Ausbildung freiheitlicher Institutionen verhindert wurde.

Diese Unterdrückungspolitik ging aber weniger von Rußland als von dem österreichischen Minister Metternich aus. Die griechische und belgische Frage und andere Ereignisse haben dann bald den Bund ... vollkommen gelockert.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Frankreichs von 1815-1830 (x806/560-562): >>(Frankreich) ... Ludwig XVIII. war im Grund ein wohlmeinender und einsichtiger Fürst, nicht ohne Geist, aber untätig und zu schwach, um den reaktionären Einflüssen seiner Umgebung (des "Pavillon Marsan") zu widerstehen ...

Eine Anzahl Offiziere, die zu Napoleon abgefallen waren (unter ihnen Ney), wurde zum Tode, die Königsmörder, d.h. die Mitglieder des Konvents, die für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt, und alle Beamten, die sich in den Hundert Tagen Napoleon angeschlossen hatten, zur Verbannung verurteilt.

Die Armee, welche so lebhaft Zeichen ihrer Anhänglichkeit an Napoleon gegeben hatte, wurde gänzlich aufgelöst. Fouché und Talleyrand, welche hauptsächlich zur zweiten Rückberufung der Bourbonen mitgewirkt hatten und in das Ministerium getreten waren, wurden noch im Herbst 1815 entfernt; die Kammerwahlen ergaben eine starke royalistische Mehrheit; der Herzog von Richelieu, ein aufgeklärter und ziemlich freisinniger Edelmann, übernahm die Bildung eines neuen Ministeriums.

Aber er war nicht mehr Herr der Lage, überall triumphierte die royalistische Reaktion. Im Süden herrschte der "weiße Schrecken", die blutige Verfolgung der Bonapartisten und der Protestanten durch den Pöbel unter geheimer Konnivenz (Duldung) der Behörden. Die Kammer, weit royalistischer als der König, beschränkte die feierlich verheißene Amnestie bedeutend, vergrößerte das Einkommen des Klerus beträchtlich, stellte zu dessen Gunsten die Besitztümer der Toten Hand wieder her, schaffte die kirchlich verbotene Ehescheidung auch staatlich wieder ab etc.

Im Herbst 1816 sah der König sich durch die allzu reaktionäre Haltung der Kammer genötigt, sie aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen, die etwas gemäßigter ausfielen. Doch wurde auch jetzt die Pressefreiheit suspendiert, der Klerus fortwährend begünstigt. ...

Schon im Oktober 1818 gelang es Richelieu, durch geschickte und beharrliche Verhandlungen zuerst die Verminderung, dann die gänzliche Abberufung der Okkupationsarmee durchzusetzen. Nun wurde das 1815 aufgelöste französische Heer allmählich, soweit die Geldmittel es erlaubten, ... neu organisiert.

Unter dem reaktionären Gebaren der Erzroyalisten, denen das Ministerium Richelieu nur mit Mühe widerstand, wurde aber die öffentliche Meinung immer erregter. Der König entließ deshalb Richelieu und berief Ende 1818 ein neues Ministerium ...

Die Ermordung des ... Herzogs von Berri, durch den fanatischen Republikaner Louvel (13. Februar 1820), ... brachte die royalistischen Ultras zur Herrschaft. ... Nun wurde die individuelle Freiheit von neuem beschränkt, die Zensur mit aller Strenge gehandhabt; durch ein neues Wahlgesetz vom 29. Juni 1820 erhielten die großen Grundbesitzer einen überwiegenden Einfluß auf die Wahlen. ...

Nun wurde das Beamtentum von allen freisinnigen Elementen gereinigt, der gesamte Unterricht dem Klerus unterworfen. Ein Präventivpreßgesetz erstickte jedes freie Wort. Während die Ultramontanen mit demagogischen Mitteln das niedere Volk aufhetzten, bildeten sich im Heer und in der bürgerlichen und Arbeiterbevölkerung geheime Verschwörungen.

Der Fanatismus der Royalisten ging so weit, daß der Deputierte Manuel, der am 26. Februar 1823 auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. angespielt hatte, unterbrochen und mit Gewalt aus der Kammer ausgestoßen wurde, worauf alle liberalen Mitglieder der Kammer, 62 an der Zahl, dieselbe verließen. Gegen ihren Willen mußte die Regierung unter dem Druck des Auslandes und der legitimistischen Partei zum Schutz des Königtums gegen die liberale Regierung in Spanien intervenieren.

Am 7. April 1823 überschritt die französische Armee ... die spanische Grenze. Mit leichter Mühe gelang ihr die Unterwerfung fast ganz Spaniens und die Wiederherstellung des blutgie- rigen Despotismus Ferdinands VII. (September 1823).

Nachdem die Kammer Ende 1823 aufgelöst und bei den Neuwahlen fast alle liberalen Ele- mente verdrängt worden waren, ... erlangte der unersättliche Klerus neue Zugeständnisse: die Sonntagsfeier wurde durch strenge Strafen eingeschränkt, die Zensur wieder eingeführt, ein Mi- nisterium der geistlichen Angelegenheiten errichtet, mehrere Bischöfe in den Staatsrat einge- führt, andere zu Pairs (Mitglieder des Hochadels) ernannt.

Unter dem Eindruck dieser Maßregeln starb Ludwig XVIII. am 16. September 1824 nach neunjähriger Regierung, die dem Land zwar keine Versöhnung der Parteien, aber doch leidliche Ruhe und damit einen großartigen Aufschwung des Ackerbaues, der Industrie und des Handels, der Künste und Wissenschaften, der Journalistik und der öffentlichen Beredsamkeit gebracht hatte.

Sein Nachfolger Karl X., Graf von Artois (1824 bis 1830), kam zwar anfangs der öffentlichen Meinung mit einer Amnestie und der Aufhebung der Zensur entgegen; aber er war selbst reak- tionär gesinnt und stand ganz unter der Herrschaft der jesuitischen Kamarilla, die unter ihm das klerikal-feudale System zu verwirklichen gedachte. Schon im Dezember wurden daher den Kammern ein Sakrileggesetz, welches die Entweihung der Kirchengüter mit dem Tod bedrohte, und ein Gesetz über die Entschädigung der Emigranten durch Zahlung von einer Milliarde vorgelegt.

Der neue König ließ sich am 29. Mai 1825 in Reims krönen und mit dem heiligen Öl salben und erneuerte dabei das ganze mittelalterliche Zeremoniell. ... Die Armee war nicht minder erbittert über den wachsenden Einfluß des Klerus und das gesetzwidrige Eindringen der Jesui- ten in die leitenden Kreise Frankreichs; zahlreiche verdiente Offiziere nahmen ihre Entlas- sung. ... 1827 brachten sie ein neues Gesetz gegen die Presse und die Druckschriften über- haupt ein, welches an Strenge alles Bisherige übertraf. Als die französische Akademie sich im Namen der Literatur und Wissenschaft gegen dieses Gesetz erklärte, wurden ihre hervorran- gendsten Mitglieder bestraft. ...

Um die öffentliche Meinung abzulenken, suchte Polignac (Minister des Auswärtigen) in der äußeren Politik Erfolge zu erringen, welche der Eitelkeit des Volkes schmeichelten. Er trat mit Rußland, dem sich Frankreich während der orientalischen Krisis genähert und durch seinen Anteil an der Vernichtung der türkischen Flotte bei Navarino (20. Oktober 1827) und die Be- setzung Moreas (griechische Halbinsel) Dienste geleistet hatte, in Unterhandlungen über ein Bündnis, in dem Frankreich das linke Rheinufer versprochen wurde.

Als der französische Konsul Deval vom Deï von Algier beleidigt wurde, beschloß die Regie- rung, eine Expedition von 40.000 Mann zur Eroberung Algiers abzuschicken (Mitte April 1830).

Obwohl der König selbst sich mit Ermahnungen und Drohungen in die Wahlbewegung misch- te, ergaben die Neuwahlen Ende Juni doch eine große liberale Mehrheit. 202 von den 221 De- putierten ... wurden wiedergewählt. Aber ermutigt durch die Eroberung der Stadt Algier (5. Juli), beschloß Karl X., den Willen der Nation mit Gewalt zu brechen.

Am Sonntag, dem 25. Juli 1830, unterzeichnete er fünf Ordonnanzen, die am 26. Juli im "Moniteur" erschienen und die Veröffentlichung jeder Druckschrift von der besonderen Er-

laubnis der Behörden abhängig machten, die Abgeordnetenkammer auflösten, das Wahlgesetz und die Rechte der Kammern willkürlich beschränkten und die Kammern auf Ende September einberiefen.

Nur einen Tag lang war der Eindruck dieser Maßregeln in Paris der der Bestürzung; dann veröffentlichten die Journale einen von Thiers entworfenen Protest, die Volksmassen versammelten sich. Am 27. Juli nachmittags fielen die ersten Schüsse. 20.000 Mann Truppen und Gendarmen gelang es, die Menge noch einmal auseinander zu treiben. Aber in der Nacht vom 27. auf den 28. mußte sich das Volk zu bewaffnen und zu organisieren.

Unter blutigem Kampf wurde am Abend des 28. das Stadthaus von den Aufständischen behauptet. Am 29. morgens gingen zwei Linienregimenter zum Volk über, die Schweizer, welche den Louvre und die Tuilerien verteidigen sollten, räumten dieselben in panischem Schrecken; die Truppen mußten aus Paris entfernt werden. Um 2 Uhr nachmittags war die Revolution in der ganzen Hauptstadt siegreich. ...

Inzwischen versammelten sich die in Paris anwesenden Deputierten, ... bildeten eine Munizipalkommission und eine provisorische Regierung, stellten die Nationalgarde wieder her und wiesen alle Vergleichsvorschläge Karls X. zurück, den sie für abgesetzt erklärten. ... Karl X. ... entfloh nach Cherbourg, wo er sich unter Aufsicht von Kommissaren der provisorischen Regierung am 16. August auf dem amerikanischen Paketboot Great Britain nach England einschiffte. Damit war die Julirevolution abgeschlossen und das legitime Königtum, welches die verhaßten Zustände vor der Revolution wieder herstellen wollte, von neuem gestürzt. ...<<

Belgien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Belgiens von 1815-1830 (x802/655): >>(Belgien) ... Nach dem Sturz Napoleons wurde Belgien auf dem Wiener Kongreß nach mehrmonatlicher Verwaltung durch einen österreichischen Generalgouverneur mit Holland zum Königreich der Vereinigten Niederlande vereinigt und unter die Herrschaft des Prinzen Wilhelm von Oranien gestellt, der am 23. März 1815 als Wilhelm I. den Titel eines Königs der Niederlande annahm, worauf durch den Londoner Vertrag vom 19. Mai 1815 und durch die Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815 die Verhältnisse des neuen Königreiches näher bestimmt und geregelt wurden.

Im zweiten Pariser Frieden von 1815 wurde die Südgrenze desselben durch einige neu hinzugefügte Bezirke mit den Festungen Philippeville, Marienburg und dem Herzogtum Bouillon verstärkt. Die neue Konstitution des Königreiches wurde am 24. August 1815 verkündigt und vom König Wilhelm I. am 27. September auf dem Königsplatz zu Brüssel beschworen.

Diese Vereinigung von Provinzen, welche sich durch Nationalität, Sprache, Konfession, materielle Interessen und eine lange historische Vergangenheit unterschieden, erwies sich bald als eine unglückliche. Belgien hatte unter französischer Herrschaft in Gewerbe und Industrie einen Aufschwung genommen, trieb aber gar keinen Handel und stand an Wohlhabenheit weit hinter Holland zurück; die Geistesrichtung war durchaus französisch, und, von den Städten abgesehen, klerikal. Von Anfang an traten nun die nördlichen Provinzen, welche auch die königliche Residenz in Den Haag besaßen, als die gebietenden auf.

Die neue Konstitution wurde von der Mehrheit der berufenen belgischen ... Führungsschicht verworfen, ... dies sowie die Gleichstellung der Konfessionen und die Einführung der holländischen Sprache in den amtlichen Gebrauch erregten Unzufriedenheit. Dazu kam, daß die südlichen Provinzen durch die Teilnahme an der holländischen Staatsschuld sehr benachteiligt wurden, und daß dieselben im Verhältnis zu ihrer starken Bevölkerung viel zu wenig Abgeordnete zu wählen hatten.

Am eifrigsten wirkte gegen die Union der katholische Klerus in Belgien, an dessen Spitze der Bischof von Gent, Prinz Moritz von Broglie, stand. Das Bestreben der Regierung, dem Klerus seinen Einfluß auf die Unterrichtsanstalten zu entreißen, fand erbitterten Widerstand, infolge-

dessen 1817 selbst der Bischof von Gent zur Strafe gezogen und seiner geistlichen Gerichtsbarkeit beraubt wurde.

Die unteren Klassen wurden aufgebracht durch Einführung einer Schlacht- und Mahlsteuer (1821) ... Endlich glaubten sich die Angehörigen der südlichen Provinzen bei Anstellungen in allen Departements zurückgesetzt. Daher erhob die Presse laut ihre Stimme gegen das ganze System.

Die Regierung suchte anfangs einzulenken durch Abschließung eines Konkordats mit dem Papst Pius VII. (18. Juli 1827), durch Zurücknahme der Schlacht- und Mahlsteuer etc.; aber es war schon so weit gekommen, daß diese Konzessionen als Beweis der Schwäche galten, und als ... die beiden unzufriedenen Parteien, die ultramontane und die liberale, eine Koalition schlossen und in ihren Presseorganen ... immer weiter gehende Forderungen stellten, sah sich die Regierung schließlich zu energischem Auftreten veranlaßt.

Am 11. Dezember 1829 erschien mit einem reaktionären Pressegesetzentwurf eine königliche Botschaft, worin die ... Opposition als ein Klub von Verführten und Betrügern dargestellt war. Diese Botschaft mußte von allen Beamten bei Strafe der Absetzung binnen 24 Stunden unterzeichnet werden. Gleichzeitig wurde gegen die Presse streng eingeschritten und mehrere der angesehensten Stimmführer der Opposition ... des Landes verwiesen.

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß die französische Julirevolution 1830 eine Katastrophe hervorrief. ...<<

Großbritannien: Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Machtübernahme der internationalen Banken in der Londoner City um 1815 (x364/95-105): >>**IV. Tribute für internationale Banker**

Die "Krone" ist ein Ausschuß von 12 bis 14 Männern, die den unabhängigen souveränen Staat regieren, der als London beziehungsweise "die City" bekannt ist. "Die City" gehört nicht zu England. Sie untersteht nicht dem Monarchen. Sie unterliegt nicht der Regierung, durch die das britische Parlament bestimmt. Wie der Vatikan in Rom ist sie ein separater, unabhängiger Staat. Sie ist der Vatikan der gewerblichen Welt. "Die City", die man oft "die reichste Quadratmeile der Welt" nennt, wird von einem Lord Mayor regiert.

Hier befinden sich Englands mächtigste Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen: Reiche Banken, allen voran die ehemals von Rothschild kontrollierte Bank of England, Lloyd's of London, die Londoner Aktienbörse und die Büros aller führenden internationalen Handelskonzerne. Und hier liegt auch die Fleet Street, Herz- und Kernstück der Zeitungs- und Verlagswelt.

Der Lord Mayor, der für jeweils ein Jahr in sein Amt gewählt wird, ist der König der City. Wenn sich die Königin von England in die City zu einem Besuch begibt, wird sie vom Lord Mayor an der Temple Bar, dem symbolischen Tor der Stadt, abgeholt. Sie verneigt sich und bittet um Erlaubnis, seinen privaten, souveränen Staat betreten zu dürfen.

Er gewährt ihr den Eintritt, indem er ihr das Staatsschwert überreicht. Bei solchen Staatsbesuchen "überstrahlt der Lord Mayor in seiner Robe und Kette seine mittelalterlich gekleidete Umgebung und die königliche Gesellschaft, deren Kleidung sich auf die einfache Dienstuniform beschränken muß." Der Lord Mayor geleitet die Königin in seine Stadt.

Die City gibt den Ton an

Der Grund dafür dürfte klar sein. Der Lord Mayor ist der König. Die Queen sein Untertan. Der König führt immer den Weg an. Der Untertan bleibt immer ein oder zwei Schritte dahinter.

Die kleine Clique, die die City regiert, diktiert dem englischen Parlament. Sie sagt ihm, was es zu tun hat und wann. Theoretisch wird England von einem Premierminister und einem Kabinett enger Berater regiert.

Diese " Fassaden " bemühen sich angestrengt, den Eindruck zu erwecken, sie würden bestim-

men, was gespielt wird, während sie in Wirklichkeit bloß Marionetten sind, an deren Fäden die schattenhaften Personen ziehen, die hinter den Kulissen das Spiel lenken.

Disraeli schrieb dazu: "So sehen Sie also, die Welt wird von ganz anderen Figuren regiert als es diejenigen träumen, die nicht hinter den Kulissen stehen."

Aubrey Menen schreibt in seinem Buch "London", erschienen bei Time-Life: "Der Premier, ein vielbeschäftigter Politiker, braucht nichts von den Geheimnissen der Hochfinanz zu verstehen und der Chancellor of the Exchequer (Finanzminister) soll diese nur dann verstehen, wenn er den Haushalt vorlegt.

Beide werden von den Beamten des Finanzministeriums beraten. Diese hören auf die City. Wenn sie vermuten, daß eine Regierungspolitik ins Auge gehen könnte, so brauchen sie keinen englischen Botschafter anzurufen und zu fragen, ob dies zutrifft.

Sie können es viel schneller in der City herausfinden. Wie sich ein Botschafter bei mir beklagt hat, sind die Diplomaten heutzutage nichts weiter als Bürodienere und dazu noch langsam.

Die sichtbaren und hörbaren Führer sind Puppen

"Die City" wird es wissen, sie wird es den Finanzminister wissen lassen und dieser wird es den Premierminister wissen lassen. Gnade sei mit ihm, wenn er nicht hört. Das augenfälligste Beispiel hierfür geschah in jüngster Vergangenheit.

Im Jahre 1956 rief der damalige Premier, Sir Anthony Eden, einen Krieg aus, um den Suez-Kanal zurückzugewinnen. Er hatte kaum angefangen, als die City ihn wissen ließ, daß er kein Geld mehr für den Kampf haben werde: das englische Pfund stürzte. Der Krieg wurde abgeblasen und Eden trat am 9. Januar 1957 aus politischen und gesundheitlichen Gründen zurück. Wenn sich der Premierminister bei dem Bankett des Lord Mayor zur Festrede erhebt, hofft er, daß die City ihm mehr Unterstützung zukommen läßt als die goldenen Platten, die verschwenderisch die Anrichtische zieren."

Die Geschichte zeigt eindeutig, daß die englische Regierung Leibeigentum der "unsichtbaren und unhörbaren" Macht im Herzen der City ist. Die City gibt den Ton an. Die "sichtbaren und hörbaren Führer" sind nur Puppen, die nach dieser Weise auf Befehl hin tanzen. Sie selbst haben keine Macht. Sie haben keine Befugnisse. Trotz der ganzen äußeren Show sind sie nur Bauern in einem Spiel, das von der Finanzelite gespielt wird.

Von der Zeit William des Eroberers bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts waren die englischen Monarchen unumschränkte Herrscher - ihr Wort war Gesetz. Sie waren im wahrsten Sinne des Wortes echte Alleinherrscher.

Als die Stärke und der Einfluß Englands in der ganzen Welt zum Ende des 17. Jahrhunderts immer mehr wuchsen, nahm auch der Reichtum, die Stärke und der Einfluß der Kaufmannselite in der City zu - nur schneller.

1694 wurde die private Bank of England - eine Zentralbank gegründet, um die verschwenderische Lebensführung von William III. zu finanzieren. Die Bank wurde von einer Gruppe City-Kaufleuten finanziert, die William Paterson als "Strohmann" benutzten. Die Namen der Gründer dieser Bank sind niemals öffentlich bekannt geworden.

Mit Rothschild regierte Britannien die Meere

Hier ist der Zeitpunkt, an dem die Bank of England und die City begannen, die Wirtschaft Großbritanniens zu beherrschen und zu lenken. Ihr Einfluß und Reichtum ist in den folgenden Jahrhunderten in großen Sprüngen und hohem Bogen gewachsen.

"The Illustrated Universal History" hält 1878 fest, daß "Großbritannien auf seinem langen Wettstreit mit Frankreich mit verstärkter Macht und nationalem Ruhm hervorgegangen ist. Sein Imperium hatte sich auf alle Teile der Welt ausgedehnt; seine Vorherrschaft zur See war unangefochten; sein Reichtum und Handel blühten. Aber bei allem staatlichen Wohlstand waren die unteren Klassen der englischen Bevölkerung in äußerstes Elend und Armut gesunken." Die Elite kontrollierte alles. Die Massen lebten in Not, nachdem sie in den Kämpfen der letz-

ten 20 Jahre ausgeblutet worden waren.

Und zu diesem Zeitpunkt 1815 - ergriff das Haus Rothschild die Kontrolle über die englische Wirtschaft, die Bank of England und die City - und über seine anderen Filialen, die Kontrolle über die übrigen Nationen Europas.

Vor dieser Zeit hatte England Kolonien und Außenhandelsstationen in den entferntesten Winkeln der Welt gegründet. Nachdem es aus der westlichen Hemisphäre vertrieben worden war, konzentrierte sich England auf den Erwerb und Ausbau zusätzlicher Besitztümer andernorts.

In seinen glorreichen Tagen des 19. Jahrhunderts wurden rund 90 Prozent des gesamten internationalen Handelsvolumens auf englischen Schiffen transportiert.

Andere Reeder mußten der Krone Lizenzgebühren oder Provisionen für das "Privileg" zahlen, Geschäfte zur See zu tätigen. In jenen Jahren "regierte Britannien die Meere", und zwar mit Hilfe der modernsten und leistungsfähigsten Marine, die es bisher jemals gegeben hatte.

Zwei getrennte Imperien

Damit keine Mißverständnisse auftreten, muß der Leser erkennen, daß es zwei getrennte Imperien gab, die unter dem Mantel des British Empire agierten. Das eine war das Imperium der Krone und das andere war das britische Kolonialreich.

Alle kolonialen Besitztümer mit weißer Bevölkerung unterstanden dem König - das heißt der Autorität der englischen Regierung. Nationen wie die Union Südafrika, Australien, Neuseeland und Kanada wurden nach englischem Gesetz regiert. Diese stellten jedoch nur 13 Prozent der Bevölkerung dar, die zu den Einwohnern des British Empire gehörten.

Sämtliche anderen Teile des britischen Imperiums - Nationen wie Indien, Ägypten, Bermuda, Malta, Zypern und die Kolonien in Zentralafrika, Singapur, Hongkong und Gibraltar (Gebiete mit braunen, gelben und schwarzen Rassen) waren alle Kronkolonien. Diese unterstanden nicht der englischen Regierung.

Das englische Parlament hatte dort keine Befugnisse. Sie waren privates Eigentum und Herrschaftsdomäne eines Privatklubs in London, England, bekannt als die Krone. Die Vertreter der Krone in diesen Gebieten hatten absolute Macht über Leben und Tod all der Menschen, die ihrer Rechtssprechung unterstanden. Es gab kein Gericht noch einen Weg der Berufung oder Verteidigung gegen eine von einem Vertreter der Krone getroffene Entscheidung.

Selbst ein britischer Staatsbürger, der ein Verbrechen in einer Kronkolonie begangen hatte, unterstand dem Gesetz der Krone. Er konnte kein englisches Gericht anrufen, weil dieses nicht zuständig war.

Da der als englische Regierung bezeichnete Ausschuß der Krone hörig war, gab es keine Probleme, den englischen Steuerzahler für die Marine und Militärkräfte aufkommen zu lassen, mit deren Hilfe die Oberherrschaft der Krone in diesen Gebieten aufrechterhalten wurde.

Sämtliche Aufstände wurden von der britischen Marine mit brutaler Gewalt niedergeschlagen, ohne daß es die Krone einen Pfennig kostete.

Die City strich unvorstellbare Gewinne aus ihren Unternehmungen ein, die unter dem Schutz der englischen Streitkräfte ausgeführt wurden. Diese gehörten nicht zum englischen Handel und englischen Wohlstand. Sie waren der Handel der Krone und der Wohlstand der Krone. Die internationalen Banker, reiche Kaufleute und die englische Aristokratie, die zum Apparat der "City" gehörten, häuften Reichtümer auf Reichtümer, mit denen sie Prestige und Ansehen in der englischen Gesellschaft im großen Stil erwarben.

Wäre der Reichtum unter alle Menschen der englischen Insel verteilt worden, hätte es Wohlstand in Hülle und Fülle geben können.

Der internationale Handel gehört uns

Trotz der Reichtümer, die aus aller Welt in die City flößen, hatte die Mehrheit des englischen Volkes seine liebe Not zu überleben. Viele waren hoffnungslos verarmt. Die Elite lebte in königlicher Pracht. Die armen englischen Bauern erhielten auch nicht eine Chance, sich eine

Scheibe von diesem Kuchen abzuschneiden.

Simon Haxey weist seine Leser in "Englands Money Lords Tory M. P." auf die "totale Mißachtung und offene Verachtung, die der englische Adel gegenüber dem englischen Volk an den Tag legte" hin. Auch fragt er: "Welche Rolle spielen die Kolonialvölker in dem Kampf um die Demokratie, wenn sie selbst keine demokratischen Rechte besitzen und die herrschende Klasse Englands es ablehnt, ihnen solche Rechte zu gewähren."

Es war David Lloyd George, ein zukünftiger Premier Englands, der die Machtstellung der City und ihre totale Verachtung für die "Armseligen", die nicht zu ihrem "Club" gehörten, hervorhob. In einer Rede aus dem Jahr 1910 sagte er:

"Wir betreiben den Großteil der Geschäfte der Welt. Wir führen mehr internationalen Handel wahrscheinlich zehnmal mehr als Deutschland. Deutschland führt überwiegend seinen eigenen Handel. Der internationale Handel gehört uns. Nun, wir machen nichts umsonst. Tatsächlich bringt unsere Schifffahrt uns jährlich mehr als hundert Millionen Pfund ein, die zum größten Teil von diesen armseligen Ausländern bezahlt werden. Ich besteuere den Ausländer, so gut ich nur kann. Sie haben hier vermutlich schon viel über die Ausfuhr von Kapital ins Ausland gehört.

Es gibt keinen anderen Weg, auf dem der Ausländer noch mehr bezahlen müßte. Dafür stecken wir den Ausländer auf vierfache Weise in die Tasche. Die erste überlassen wir Baron Rothschild."

Vor rund einem halben Jahrhundert hat Vincent Cartwright Vikkes gesagt: "In Wirklichkeit haben die Finanziere, wenn nicht Verantwortung, so doch mit Sicherheit die Macht an sich genommen, die Märkte der Welt zu kontrollieren und somit die vielfachen Beziehungen unter den einzelnen Nationen, wobei es um internationale Freundschaft, aber auch Mißtrauen geht. Darlehen an ausländische Staaten werden von der City von London aufgebracht und arrangiert, ohne Rücksicht auf das Wohl der Nation, sondern allein mit dem Ziel, die Verschuldung zu erhöhen, von der die City lebt und reich wird.

Dieser nationalen und vor allem internationalen Diktatur des Geldes, die ein Land gegen das andere ausspielt und die, über den Besitz eines großen Teils der Presse, die Verbreitung ihrer eigenen, privaten Meinung dazu benutzt, den Anschein einer allgemeinen öffentlichen Meinung entstehen zu lassen, darf nicht länger erlaubt werden, die demokratische Regierung zu einem bloßen Spitznamen zu machen. Heute sehen wir durch eine schwarze Brille, denn es gibt zu vieles, das zu veröffentlichen nicht im öffentlichen Interesse stehen würde."

Jeder der genannten Punkte werden von Roland G. Usher in seinem 1913 verfaßten Buch "Pan Germanism" betont: "Die Londoner und Pariser Bankhäuser - die internationalen Banker - kontrollieren jederzeit die verfügbaren Ressourcen der Welt und können daher praktisch die Geschäfte eines Unternehmens zulassen oder unterbinden, für die mehr als einhundert Millionen Dollar gebraucht werden."

Die Welt selbst zahlt ihnen Tribut

Die internationalen Banker "besitzen wahrscheinlich den größten Teil der schuldscheinmäßigen Verschuldung der Welt. Rußland, die Türkei, Ägypten, Indien, China, Japan und Südamerika gehören, soweit Nationen jemandem gehören können, wahrscheinlich London oder Paris. Die Zahlung der Zinsen auf diese riesenhaften Summen wird durch die Verpfändung des Steueraufkommens dieser Länder sichergestellt, und im Falle der schwächeren Nation durch die tatsächliche Übergabe des Vermögens an die Agenten der englischen oder französischen Banker.

Darüber hinaus werden ein sehr großer, wenn nicht der größte Teil der Aktien und Industripapiere der Welt diesen beiden Ländern geschuldet und die Grundsätze vieler Weltkonzerne von ihren Finanzministern diktiert. Wahrlich die Welt selbst zahlt ihnen Tribut; am Morgen steht sie auf, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wobei sie ihr Kapital benutzt, und die

Tage damit verbringt, das Geld zu verdienen, mit dem sie ihnen die Zinsen zahlt, auf daß sie noch reicher werden."

Im Jahre 1946 schrieb E. C. Knuth: "Das Bollwerk der englischen Finanzoligarchie besteht aus ihrer zeitlosen und selbstverewigenden Natur, ihrer langfristigen Planung und Vorausschau, ihrer Fähigkeit, die Geduld ihrer Gegner zu überdauern und zu brechen.

Die wechselnden und zeitweiligen Staatsmänner Europas und insbesondere Englands, die versucht haben, dieses Monstrum zu bändigen, sind alle besiegt worden, und zwar aufgrund ihrer begrenzten Amtszeit. Gezwungen, Handlungen und Ergebnisse in einer zu kurzen Zeitspanne vorzuweisen, sind sie überlistet und überholt worden, mit Ärgernissen und Schwierigkeiten überschüttet; und am Ende gezwungen zu Liebdienern und den Rückzug anzutreten. Nur wenige, die ihnen in England und Amerika entgegengetreten sind, haben dabei kein schmähhches Ende gefunden, aber viele, die ihnen gut gedient haben, haben dabei auch gut verdient."

Krieg zum Eintreiben von Schulden

Zu allen Jahrhunderten sind Könige, Kaiser und diktatorische Despoten dafür berüchtigt gewesen, mehr auszugeben, als sie ihren Völkern an Steuern entreißen konnten. Die traditionelle Art, das Mißmanagement zu verschleiern, war der Rückgriff auf die "Verwässerung" der jeweiligen Landesmünzen. In der jüngsten Geschichte hat man dieses Verfahren mit dem Drucken von Papiergeld fortgesetzt. Dies hat unweigerlich zu einer hohen Inflationsrate geführt.

Am Ende mußte man, um das unvermeidliche Wirtschaftsdebakel zu verhindern, auf das Schuldenmachen oder "Borgen" zurückgreifen. Wenn es nur möglich gewesen wäre, hätten sie bei ihren Bürgern "geborgt", und zwar mittels weiterer zusätzlicher Steuern.

Wenn eine Regierung Geld borgen will, muß sie zu einer Person oder Organisation gehen, die nahezu unbegrenzte Ressourcen hat. Wenn eine solche "Person" oder Organisation an einen König oder eine Regierung Geld ausleiht, dann kann sie sich vor ein höchst kniffliges Problem gestellt sehen: wie treibt man die Schulden ein, wenn der König oder die Regierung nicht bezahlen kann oder will? Wie nimmt man bei einem König oder einer nationalen Regierung eine Zwangsvollstreckung vor?

Marschiert man zum König und sagt: "Charlie, wir sehen aus unseren Unterlagen, daß Du uns 12 Milliarden Dollar schuldest, und daß Du mit Deiner monatlichen Ratenzahlung im Rückstand bist. Daher werden wir sofort eine Zwangsvollstreckung einleiten."

Wohl kaum! Nicht, wenn man seinen Kopf auf den Schultern behalten will. Geld an Könige oder Regierungen zu leihen kann ein riskanter Beruf sein, höchst riskant für den Wohlstand des Geldgebers. Die einfache Wirtschaftsrechnung schreibt vor, daß die Banker eine Möglichkeit haben müssen, um die Rückzahlung ihrer Kredite sicherzustellen.

Was können Sie nun tun? Sie müssen so werden wie die Finanzierungsgesellschaften, die das Auto einer Person einfach abschleppen lassen kann, wenn die Monatsraten nicht bezahlt werden. Sie müssen einen "Königreich-Abschleppdienst" aufmachen. Wie schleppt die Finanzierungsgesellschaft ein Auto ab?

Sie benutzt dazu ein anderes Auto. Wie wird ein Königreich oder eine Nation "abgeschleppt"? Ganz einfach. Von einem anderen Königreich oder einer anderen Nation. Es ist ein leicht verständliches Prinzip - es heißt Krieg! Der moderne Krieg ist nichts anderes als das "Abschleppen von Königreichen".

Wenn Sie im Königreichfinanzierungsgeschäft sind, können Sie nicht nur an ein Königreich Geld ausleihen. Sie müssen auch an dessen Feinde leihen. Sie müssen sicherstellen, daß beide Reiche etwa gleich stark sind, so daß im Konfliktfall ihre Finanzierung der ausschlaggebende Faktor ist.

Über 160 Jahre lang ist das oben angeführte Drehbuch rund um den Erdball abgespielt worden, und es wird immer noch danach gespielt. Es wurde von Nathan Rothschild und seinen Brüdern in Europa zu Anfang des letzten Jahrhunderts geschrieben und in Szene gesetzt. Es

wurde auf regionaler Ebene zur Vollkommenheit ausgearbeitet und damit für seinen zukünftigen Einsatz im Weltmaßstab vorbereitet.

Gleichgewicht der Mächte

Das Ende der Napoleonischen Kriege und der Aufstieg des Hauses Rothschild markierten den Beginn einer neuen Ära in Europa - und der Welt. Zu dieser Zeit entwickelte sich auf dem europäischen Kontinent etwas, das als "Gleichgewicht der Mächte" bekannt ist.

Um die Stellung des Hauses Rothschild als den "unsichtbaren Herrscher" Europas zu stärken und zu konsolidieren, mußte es zwei Machtgruppierungen von nahezu gleicher Stärke geben, die das "Gleichgewicht der Mächte" darstellten. Das hatte seinen einfachen Grund: das Haus Rothschild mußte sicherstellen, daß alle "A-Könige" mit allen "B-Königen" bedroht werden könnten. Selbstverständlich wurden sie allesamt von den Rothschilds finanziert und weitgehend kontrolliert.

Um das planmäßige Funktionieren des Systems zu gewährleisten, mußte es eine Dritte Macht geben, die als "Versicherungspolice" dienen würde, falls einer aus der Reihe tanzen und den Plan umstürzen sollte. Die "Versicherungspolice" war Nathan Rothschilds England, welches nunmehr die Oberherrschaft in der westlichen Welt besaß.

Der Ausgang eines Krieges ließ sich immer vorausbestimmen, indem man beobachtete, welcher Seite England gewogen war. England befand sich am Ende immer auf der Seite des Gewinners. England - oder richtiger, die Krone - stellte einen derart effizienten "Königsreich-Abschleppdienst" bereit, daß die Macht und der Reichtum des nunmehr "unsichtbaren" Hauses Rothschild ein solches Ausmaß erreichten, daß es um die Jahrhundertwende hieß, es kontrolliere den halben Besitz der ganzen Welt.

Prinzipien der Stadtsanierung

Die Methoden, mit denen die internationalen Banker ihr Ziel, die Menschheit zu Sklaven in Ketten einer totalitären Eine-Welt-Regierung zu machen, verfolgten, können als "Stadtsanierungs-Projekte" eingestuft werden, die auf "Kriegsschauplätzen" stattfinden. Das Grundprinzip der "Stadtsanierung" ist leicht zu verstehen.

Es geht dabei darum, ein Gebiet das von den Behörden dazu verdammt wird, dem Erdboden gleich zu machen, um dann mit dem Aufbau einer Neusiedlung zu beginnen.

Wenn ein "Landerschließer" bei einem Stadtsanierungsprojekt finanzielle Beute machen möchte, muß er die Behörden dazu bringen, die Grundstücke in einem bestimmten Gebiet dem Verfall preiszugeben. Dann wartet er, bis das Gebiet weiter verfällt und der Grundstückswert so weit sinkt, daß die Eigentümer bereit sind, ihre Anteile für einen Bruchteil ihres tatsächlichen Wertes zu verkaufen, bloß um sie los zu sein.

Im Falle eines von einer Gemeinde durchgeführten Stadtsanierungsprogrammes werden die "Planierungsarbeiten" von einer Abbruchkolonne mit Bulldozern, Brechkugeln, Preßluftschlämmern und gelegentlich mit Sprengstoff vorgenommen.

Aus den Trümmern eines eingestampften Gebietes erhebt sich eine strahlend neue, moderne Siedlung, die für die Kulissenschieber höchst gewinnbringend ist, denen ein großer "Brocken" daran gehört.

Auf der internationalen Ebene geht es bei den "Stadtsanierungs-Projekten" um die Vernichtung der "alten Ordnung" in einer Vielzahl von Ländern, so daß der Weg frei ist für die "Neue Weltordnung".

Um bei internationalen "Stadtsanierungs-Projekten" Beute zu machen, braucht der "Landerschließer" Abbruchkolonnen, die ihn selbst keinen Pfennig kosten und die besten Teile des Zielgebietes einstampfen, so daß diese zu einem billigen Preis gekauft werden können, wenn die Länder besiegt und mit Kriegsschulden überlastet sind.

Gewinne in astronomischen Höhen

International werden diese "Abbruch-Jobs" mit Hilfe des Krieges bestellt und zur Ernte ge-

bracht. Die Programme werden unter Einsatz von Bomben, Granaten, hochbrisanten Sprengstoffen und sonstigen modernen "Werkzeugen" durchgeführt.

Die internationalen "Landerschließer" treten anschließend auf, um die Kontrolle über das zerschlagene Gebiet für ein Almosen zu ergreifen und eine massive Wiederaufbaukampagne zu starten, ohne auch nur einen Pfennig für das Einsatz der Abbruchkolonnen bezahlt zu haben. Die bei solchen internationalen Projekten anfallenden Gewinne erreichen astronomische Höhen, bei denen einem die Luft wegbleibt.

Die hochfinanzierten und ungeheuer profitablen "Stadtsanierungs-Projekte", die seit Beginn dieses Jahrhunderts auf der internationalen Bühne inszeniert worden sind, fanden auf sogenannten "Kriegsschauplätzen" statt. In den letzten 80 Jahren hat es "Kriegsschauplätze" in Europa, Rußland, Nord- und Zentralafrika, dem Nahen Osten, Asien und im Pazifik gegeben.

Was geschieht auf einem Schauplatz, einer Bühne? Eine dramatische Handlung entfächert sich im Verlauf der Theatervorstellung.

Es gibt einen Drehbuchautor und einen Regisseur, der für die Koordination der einzelnen Bewegungen der verschiedenen Schauspieler verantwortlich ist. Die Handlung verlangt, daß es "die Guten" und "die Bösen" gibt. Sowohl die Guten wie auch die Bösen spielen ihre Rollen so, wie es das Drehbuch vorschreibt.

Wenn Sie Ihre Eintrittskarte kaufen, bezahlen Sie sowohl die Guten wie auch die Bösen. Der Erfolg der Vorstellung hängt von der Fähigkeit des Ensembles ab, das Publikum in die Handlung zu verwickeln. Je größer die Anteilnahme des Publikums an der Darstellung ist, um so größer der Erfolg. Echter Erfolg ist dann erreicht, wenn das Publikum gefühlsmäßig so in die Handlung verwickelt ist, daß es anfängt, die Sache für die Wirklichkeit zu halten.

Die Gewinne solcher Theaterposen fließen jenen zu, die das "Saat-Geld" aufgebracht und die Show inszeniert haben. Bitte verstehen Sie das nicht falsch!

Die Amerikaner, Kanadier, Engländer, Deutschen, Russen, Japaner und anderen Nationalitäten, die auf den verschiedenen "Kriegsschauplätzen" in diesem Jahrhundert gekämpft haben und gestorben sind, waren keine Schauspieler. Ihr Tun war tödlicher Ernst. Für sie war der Krieg ein Kampf um Leben oder Tod. Was aber kaum jemand erkannte, war die Tatsache, daß dies alles sorgfältig nach einem sorgfältig vorbereiteten Drehbuch programmiert war.

Werfen Sie einen Blick auf die Kriege, die in den vergangenen 80 Jahren auf dieser Erde ausgetragen wurden. Haben sie zu mehr Freiheit oder zu weniger Freiheit geführt? Zu mehr Frieden oder zu weniger Frieden? Zu mehr Wohlstand oder zu weniger Wohlstand?

Vor 80 Jahren konnte praktisch ein jeder von einem Teil der Welt in einen anderen ziehen, wenn er dies wollte. Heute lebt mehr als die Hälfte der Erdenbevölkerung als elende Sklaven hinter dem Eisernen Vorhang, dem Bambus-Vorhang oder sonstigen Schranken.

Vor 80 Jahren war Amerika eine freie und blühende Nation, die praktisch keine Staatsschulden hatte. Heute, nachdem es in vier blutigen Kriegen "zur Verteidigung der Freiheit" verwickelt war, hat die amerikanische Nation den größten Teil seiner Freiheit verloren und wird von einer atemberaubenden Staatsverschuldung in Höhe von rund 1.060.237.928.516 Dollar erdrückt. Auf diese Schulden bezahlen die Amerikaner mehr als 80 Milliarden Dollar im Jahr Zinsen.

In denselben 80 Jahren wurden Hunderte von Millionen unschuldiger Menschen in der ganzen Welt im Namen des "fortschreitenden Friedens" dahingeschlachtet.

Gibt es irgendeine Gruppe, die inmitten' dieses teuflischen Schlachtgemetzels wirklich gediehen ist? Ja, so eine Gruppe gibt es - die internationalen Banker, die diese blutrünstigen Schaustücke finanzieren und inszenieren und die blutbefleckten Gewinne einstreichen, während sie sich der Verwirklichung ihres Vorhabens nähern, die Menschheit in einer Eine-Welt-Regierung zu versklaven. ...<<

Die Briten deportieren Napoleon im Jahre 1815 auf die Insel Sankt Helena. Die britische Insel

Sankt Helena liegt im südlichen Atlantischen Ozean. Auf der Insel herrscht zwar ein mildes Klima, aber die Küsten der Insel sind fast unzugänglich.

Während seiner Haft schreibt der uneinsichtige und starrsinnige Napoleon in sein Tagebuch (x056/14, 171): >>Ich mußte Europa noch mit Waffen zähmen; heute muß man es überzeugen. ... Durch unauflösliche (Bündnisse) muß man Europa wiedervereinen. Wenn ich Rußland 1812 besiegt hätte, wäre das Problem des tausendjährigen Friedens gelöst gewesen. ...<<

>>... Wer mich beschuldigen will, daß ich den Krieg zu sehr geliebt habe, der wird durch die künftige Geschichtsschreibung belehrt werden, daß ich stets der Angegriffene war ...<<

Napoleons Ziele

Napoleon, der ehemalige Jakobiner, vertrat nie die großen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Napoleon war auch kein Verteidiger der Unterdrückten, sondern ein gewissenloser Gewaltherrscher und rücksichtsloser Tyrann, der Elend, Tod, Verderben und unsägliches Leid in Europa verbreitete. Als Napoleon seine Machtposition gefestigt hatte, verwirklichte der Diktator seine eigentlichen Ziele und versuchte alle europäischen Völker gewaltsam zu vereinigen.

Die Grenzen des französischen Weltreiches (Hauptstadt: Paris) sollten im Osten die Flüsse Memel (Njemen), Wolga und die Moskwa bilden. Im Rahmen seiner klassischen Expansionsstrategie ließ Napoleon alle eroberten Länder skrupellos ausplündern und brutal unterdrücken. Napoleons Gewaltherrschaft forderte nach französischen Angaben etwa 3,0 Millionen Kriegsoffer, davon waren ca. 1,0 Millionen Franzosen (x056/171).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über "Napoleon I." in den Jahren 1815-1821 (x811/1.005-1.007): >>... Den Verlauf der Dinge in Frankreich und auf dem Wiener Kongreß beobachtete er, von seinen zahlreichen Agenten wohl unterrichtet, mit Späherblick, und als er von dem steigenden Unwillen gegen die Bourbonen und der Anfang 1815 drohenden Differenz zwischen den Mächten vernahm, beschloß er, zumal er fürchtete, die Verbündeten könnten ihn der größeren Sicherheit halber nach einem entlegeneren Exil schaffen, einen Einfall in Frankreich zu wagen.

Die Garde wurde auf mehreren gemieteten Fahrzeugen eingeschifft, er selber bestieg am 26. Februar 1815 seine Brigg ... und landete, von den Engländern nicht bemerkt, am 1. März im Golf Jouan.

Er wandte sich durch das Gebirge nach der Dauphiné, wo ihn das Volk nicht unfreundlich, aber gleichgültig empfing; erst vor Grenoble gelang es ihm, ein Bataillon der königlichen Armee auf seine Seite zu bringen, worauf er am 7. März in diese Festung einzog. Von Lyon aus, das er am 10. März erreichte, ergriff er von Frankreich Besitz. Doch entschied erst der Abfall Neys (14. März) seinen Sieg. Um den Bourbonen Zeit zur Flucht zu lassen, verzögerte er seine Ankunft in Paris, die erst am 20. März erfolgte.

... Nachdem er 1. Juni auf dem Marsfeld die freisinnige Zusatzakte vom 22. April beschworen (hatte), rückte er in Belgien ein, schlug am 16. Juni die Preußen bei Ligny und griff am 18. Juni bei Waterloo die Verbündeten unter Wellington an, wurde aber, ehe er diesen überwältigen konnte, von Blücher in der rechten Flanke angegriffen und völlig geschlagen; auf der Flucht mußte er ... seinen Wagen mit Hut, Degen u.a. in den Händen der Verfolger zurücklassen.

Als er am 20. Juni wieder in Paris eintraf, fand er bei den Kammern nicht nur keine Unterstützung für seinen Plan, den Kampf fortzusetzen, sondern dieselben drohten ihm sogar mit Absetzung, ja Verhaftung, wenn er nicht sofort abdanke, und drückten ihm, als er am 22. Juni dem Thron zu Gunsten seines Sohnes Napoleon II. entsagt hatte, dafür den Dank der Nation aus.

Tief gekränkt verließ er, nachdem das zweite Kaiserreich 100 Tage gedauert hatte, Paris und begab sich, unschlüssig über das, was er tun sollte, nach mehrtägigem nutzlosen Aufenthalt in

Malmaison nach Rochefort, wo er den Hafen von englischen Schiffen blockiert fand ...

Auf Befehl der verbündeten Monarchen, die ihn als ihren Gefangenen betrachteten, wurde er nach St. Helena gebracht, wo er am 16. Oktober anlangte. Im Dezember 1815 wurde ihm Longwood, eine Meierei auf der Hochebene der Insel, als Wohnung angewiesen.

Nachdem er die Erschöpfung der letzten Monate überwunden (hatte), wurde ihm sein Aufenthalt bald unerträglich. Seine Ungeduld und Reizbarkeit ließ er an dem Gouverneur Sir Hudson Lowe aus, der durch die Befehle der Großmächte zu strenger Bewachung gezwungen war. ... Als man Napoleon nicht mehr erlauben wollte, ohne militärische Aufsicht ins Freie zu gehen, verließ er seine Wohnung nicht mehr. ...

Infolge des ungewohnten Mangels an Bewegung und des feuchten Klimas entwickelte sich bei ihm ... Magenkrebs, an dem er am 5. Mai 1821 starb.

Sein Leichnam wurde an der von Napoleon selbst gewählten Stelle ... feierlich beigesetzt, 1840 aber auf der Fregatte La belle Poule durch den Prinzen von Joinville nach Paris gebracht, wo er im Dom der Invaliden ein prächtiges Grabmal erhielt.

Napoleons durch unzählige Bildnisse bekannte Gestalt war klein (er maß nur etwa 1,63 m), sein Kopf im Verhältnis zum Körper stark und mit kastanienbraunem Haar bedeckt, seine Stirn hoch und breit; die Augen, deren Blick in früherer Zeit ein düsteres Feuer, später einen kalten Ausdruck hatte, waren hellblau, die Nase fein geformt, der Mund ... von ungemeiner Beweglichkeit, das Kinn hervorstehend.

Das Gesicht hatte einen durchaus italienischen, an klassische Formen erinnernden Charakter. In früheren Jahren blaß und mager, wurde Napoleon später voll und stark. Mäßigkeit war ihm Bedürfnis: Hunger, Durst und andere Strapazen ertrug er mit Gleichmut.

Sein Feldherrngenie ist unbestritten ... Napoleon war ein unübertroffener Meister in der Kriegskunst, in der Praxis sowohl als in der Theorie. Das geographische Bild eines Landes, Aufstellung und Bewegungen der Truppen hatte er plastisch vor Augen; er war ebenso unerschöpflich in Hilfsmitteln wie kühn und energisch in der Durchführung.

Weniger hervorragend war seine staatsmännische Begabung. Er behandelte die Politik wie den Krieg und ging rücksichtslos auf sein Ziel los; kein Mittel schien ihm unwürdig, wenn es ihm nur diente. Die Rechte anderer beachtete er nicht und bemühte sich nie, die Interessen und Anschauungen der von ihm Beherrschten zu begreifen oder gar auf sie einzugehen. Nur sein eigener Wille sollte gelten, und deshalb verlor er durch seine Erfolge jedes Maß der Dinge.

Der Staat sollte wie eine Maschine konstruiert sein, welche sich durch einen Druck der Hand in Bewegung setzen läßt und unter der Leitung des intellektuellen Urhebers sicher und geräuschlos fortarbeitet.

Am geringsten ist Napoleons sittlicher Wert anzuschlagen. Er war von 1793 an nur berechnender Egoist von maßlosem Ehrgeiz, der aber mit meisterhaftem Geschick zu heucheln verstand und wirklich Mit- und Nachwelt über sich selbst völlig getäuscht hat. Bis zu seinem Tod hat er die Maske des Helden beibehalten, der für den Ruhm und die Größe des geliebten Frankreich, für die Gleichheit, Freiheit und Bildung kämpft.

Ohne Begeisterung für ihre Wahrheit, aber mit kluger Berechnung ihrer Wirksamkeit bemächtigte er sich einiger Ideen der französischen Revolution, um sich durch ihre Verwirklichung für den Vollender dieser großen Bewegung auszugeben, und wenigstens das Ausland hat ihm zu danken, daß er mit scharfem Besen eine Menge Schutt weggeräumt hat.

In Frankreich hat er aber die große Reform vergiftet und das Volk um ihren Segen betrogen. Napoleon besaß keine echte Geistesbildung ... In der ersten Zeit wußte er sich zu beherrschen; aber als er im Besitz der Macht war, legte er sich keinen Zwang mehr auf und ließ die Schwächen seines Charakters in ihrer ganzen Nacktheit hervortreten: seinen kleinlichen Neid, seine echt korsische Rachsucht, seine brutale Roheit, von der namentlich seine Vertrauten

empfindlich zu leiden hatten.

Aber er verstand (es), die Menschen zu blenden. Nicht nur in seiner Glanzzeit, noch mehr nach seinem Tod wurde er als der große Heros angestaunt. Die Gefährten des Exils von St. Helena wußten mit großem Geschick das Mitgefühl für sein tragisches Ende auszubeuten. In der Zeit der Reaktion wurde er nicht bloß in Frankreich von Béranger u.a. in begeisterten Liedern gefeiert, sondern auch in den Ländern, wo man ihn vor seinem Sturz bitter gehaßt (hatte), schlug die Stimmung völlig um. Der Napoleon-Kultus wurde geradezu Mode. ...<<

Südamerika: Simon Bolivar (1783-1830, Führer des südamerikanischen Unabhängigkeitskampfes) berichtet am 6. September 1815 über die großen Probleme, in den befreiten südamerikanischen Kolonien souveräne Staaten zu bilden (x058/221-222): >>... Obgleich es eine Art Wahrsagerei ist, anzugeben, welche politische Richtung Amerika schließlich einschlagen wird, wage ich es, einige Mutmaßungen anzustellen ...

Die Bewohner der amerikanischen Hemisphäre haben sich jahrhundertlang in einer rein passiven Lage befunden; ihre politische Existenz war gleich null. Wir waren in einem Zustand der Knechtschaft und haben deshalb um so mehr Schwierigkeiten, uns zum Genuß der Freiheit zu erheben. ...

Die Amerikaner sind plötzlich emporgestiegen, ohne die vorherigen Kenntnisse und, was noch fühlbarer ist, ohne die Praxis in den öffentlichen Angelegenheiten, um auf der Bühne der Welt die hervorragenden Würden von Gesetzgebern, Richtern, Finanzverwaltern, Diplomaten, Generälen und vielen anderen höheren und subalternen Behörden darzustellen, die die Hierarchie eines normal organisierten Staates bilden. ...

Die Ereignisse auf dem amerikanischen Festland haben uns bewiesen, daß vollkommen auf dem Repräsentativsystem beruhende Institutionen nicht unserer Art, unseren gegenwärtigen Sitten und Befähigungen angemessen sind. In Caracas nahm der Parteigeist seinen Ursprung in Gesellschaften, Versammlungen und Volkswahlen, und diese Parteien brachten uns in die Sklaverei zurück. Und wie Venezuela die amerikanische Republik gewesen ist, die am weitesten in ihren politischen Institutionen fortgeschritten war, ist es auch das deutlichste Beispiel für die Unwirksamkeit der demokratischen und föderalistischen Staatsform unter unseren entstehenden Staaten gewesen. ...

Solange unsere Landsleute nicht die Talente und die politischen Tugenden sich aneignen, die unsere Brüder in Nordamerika auszeichnen, fürchte ich, daß die gänzlich demokratischen Regime, anstatt für uns vorteilhaft zu sein, zu unserem Ruin werden. Unglücklicherweise scheinen diese Qualitäten in dem erforderlichen Maße uns fern zu liegen. Im Gegenteil, wir sind von Lastern beherrscht, die unter der Regierung einer Nation wie der spanischen sich einstellen, welche nur durch Wildheit, Ehrgeiz, Rachsucht und Habgier sich ausgezeichnet hat. ...

Ich wünsche mehr als irgend jemand, in Amerika die größte Nation der Welt zu sehen, weniger in Hinsicht auf deren Ausdehnung und Reichtümer als wegen ihrer Freiheit und ihres Ruhmes. Obgleich ich nach der Vervollkommnung der Regierung meines Landes strebe, kann ich mich nicht davon überzeugen, daß die Neue Welt augenblicklich durch eine große Republik zu regieren ist. ...

Die amerikanischen Staaten bedürfen der Fürsorge durch väterliche Regierungen, welche die Wunden heilen, die Despotismus und Krieg schlugen. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Simon Bolivar (x803/164-165): >>Bolivar, Simon, der Befreier Südamerikas vom spanischen Joch, geboren am 24. Juli 1783 zu Caracas aus einer edlen und reichen altspanischen Familie, wurde als Waise von seinem Oheim, dem Marquis de Palacios, erzogen, studierte die Rechte in Madrid und bereiste dann Europa.

Während seines Aufenthalts in Paris benutzte er mit Eifer den Unterricht in der Normalschule und der polytechnischen Schule. Hier machte er auch die Bekanntschaft Humboldts ... 1803

vermählte er sich zu Madrid mit der Tochter des Marquis de Ustariz und ging dann nach Amerika zurück, reiste jedoch, nachdem seine Gemahlin sehr bald ein Opfer des gelben Fiebers geworden (war), 1804 wieder nach Paris, wo er der Krönung Napoleons I. beiwohnte. Auf seiner Rückkehr ins Vaterland (1809) besuchte er die Vereinigten Staaten, lernte deren freie Institutionen mit ihrem wohltätigen Einfluß kennen, und sein schon früher gefaßter Plan, das Beispiel Washingtons nachzuahmen und sein Vaterland zu befreien, gedieh in ihm zur Reife.

In Venezuela angelangt, verband er sich mit den Patrioten, und als Caracas am 19. April 1810 sich gegen die spanische Herrschaft erhob, sandte ihn die Junta nach London, von wo er im September 1811 mit einem Waffentransport zurückkehrte. Er kämpfte nun als Oberstleutnant unter Miranda, mußte jedoch, als nach Mirandas Fall die Spanier Venezuela ... unterwarfen, eine Zuflucht auf der Insel Curacao suchen.

Doch schon im September 1812 trat er wieder ... (mit) den Insurgenten von Neugranada an und wurde sehr bald die Seele des ganzen Befreiungskrieges. Über die Grausamkeit der Spanier entrüstet, erklärte er ihnen durch das Edikt von Trujillo am 2. Januar 1813, welches jeden des Royalismus überführten Spanier zum Tod verurteilte, den Krieg auf Leben und Tod.

Nach mehreren glücklichen Gefechten zog Bolivar am 4. August 1813 in Caracas ein, wurde vom Heer als Befreier Venezuelas begrüßt und ... (übernahm) alle Zivil- und Militärgewalt, ... (diese) Machtvollkommenheit wurde von einer am 2. Januar 1814 zusammenberufenen Nationalversammlung bestätigt.

Jedoch das anfangs schwankende Glück wandte sich sehr bald ganz gegen Bolivar. Seine Truppen wurden am 17. Juni 1814 bei La Puerta von Boves mit überlegenen Streitkräften geschlagen und fast gänzlich aufgerieben. Boves zog im Juli 1814 in Caracas ein, verfolgte die Republikaner bis in die Provinz Barcelona und schlug sie bei Arguilla nochmals ...

Bolivar schiffte sich nun mit den getreuesten seiner Offiziere nach Cartagena ein und trug den konföderierten Provinzen von Neugranada seine Dienste an. Nachdem ihm der dortige Kongreß den Oberbefehl übertragen (hatte), besetzte er Bogotá und befreite die Provinz Cundinamarca; allein innerer Zwiespalt vereitelte die Belagerung von Cartagena, und als der spanische General Morillo im März 1815 mit neuen Truppen landete, mußte sich Bolivar am 10. Mai nach Jamaika einschiffen, von wo er nach Haiti ging.

Hier sammelte er die geflüchteten Insurgenten und landete mit ihnen im Dezember 1816 auf der Insel Margarita. Dahin berief er als Oberhaupt der Republik Venezuela einen Kongreß; auch setzte er eine Regierung ein, nachdem er die Aufhebung der Sklaverei proklamiert und zugleich seine eigenen Sklaven freigelassen hatte.

In den beiden folgenden Jahren erfochten Bolivar, Paez und Santander so viele Vorteile über Morillo, daß am 15. Februar 1819 der Kongreß zu Angostura eröffnet werden konnte, wo Bolivar zum Präsidenten der aus Venezuela, Neugranada und Ecuador bestehenden Republik Kolumbien gewählt wurde.

Er führte nun das Heer im Juni über die fast unwegsamen Kordilleren nach Neugranada, eroberte am 1. Juli 1819 Tunja und schlug die Spanier bei Bochica, 1821 bei Calabozo, wodurch ganz Neugranada frei wurde. Hierauf vollendete er 1823 und 1824, namentlich nach seinem Sieg bei Junin und dem des Generals Sucre bei Ayacucho, die Befreiung Nieder- und Oberperus, das ihn 1825 ebenfalls mit der diktatorischen Gewalt bekleidete und unter dem Namen Bolivia (Bolivien) einen eigenen Staat bildete.

1826 legte er die Präsidentenwürde nieder und versammelte einen Kongreß zu Lima, schloß Schutz- und Trutzbündnisse mit den verschiedenen amerikanischen Freistaaten, bewirkte die Zusammenkunft des freilich fruchtlosen amerikanischen Kongresses zu Panama und wurde im März 1826 abermals und ... im August 1828, diesmal mit fast unumschränkter Gewalt, zum Präsidenten der Republik Kolumbien gewählt. Eine Verschwörung, die am 25. September sein

Leben bedrohte, unterdrückte er, ließ die Urheber erschießen und Santander mit 70 anderen der Teilnahme Verdächtigen verbannen.

Da er sich aber auch in Peru am 17. August 1827 zum lebenslänglichen Präsidenten hatte wählen lassen, dem Kongreß von Bolivia eine antirepublikanische Verfassung aufdrängte, in Kolumbien die Pressefreiheit unterdrückte und die Klosterschulen wiederherstellte, so beschuldigte man ihn monarchischer Gelüste und warf ihm vor, er wolle Napoleons I. Rolle spielen. Peru erklärte sogar dem Diktator von Kolumbien den Krieg, und als Bolivar an die Grenze zog, kam es in Caracas am 25. November 1829 zum Aufstand; Venezuela sagte sich von ihm und von der kolumbischen Union los.

Darauf erhielt Bolivar von dem im Januar 1830 zu Bogotá versammelten Nationalkongreß die verlangte Entlassung; zugleich wurde ihm ein Jahrgeld von 30.000 Piaster ausgesetzt und der Dank der Nation dargebracht. Er reiste im November nach Santa Marta und starb hier am 10. Dezember 1830 mit dem Ausruf: "Eintracht! Eintracht; sonst wird uns die ... Zwietracht verderben!"

Bolivar war kühn und unternehmend, uneigennützig, wie er denn sein Vermögen für das Vaterland hingab und für die Anklage, daß er die Freiheit seinem Ehrgeiz habe zum Opfer bringen wollen, wenigstens keine Beweise vorliegen.

1832 wurde nach dem Beschluß des Kongresses von Neugranada Bolivars Asche mit großen Feierlichkeiten von Santa Marta nach seiner Vaterstadt Caracas gebracht und hier dem Andenken des Befreiers ein Triumphbogen errichtet.<<

Asien: Der Vulkanausbruch auf der indonesischen Sundainsel Sumbawa fordert im Jahre 1815 über 56.000 Menschenleben (x074/885).